

Bezugspreis:
Heftjährlich 30.— M., monatlich 10.— M.,
frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-
bezugs: Monatlich 10.— M., ggf. Zu-
schlagsgebühr. Unter Kreuzband für
Deutschland und Österreich 16.50 M.,
für das übrige Ausland bei täglich
einmal Zustellung 21.50 M. Postbe-
stellungen nehmen an Österreich,
Ungarn, Tschechoslowakei, Däne-
mark, Holland, England, Schweden
und die Schweiz. — Eingetrogen in
die Post-Zustellungs-Verzeichnisse.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Volk und Zeit“ und der Unter-
haltungsbeilage „Heimweh!“ erscheint
wöchentlich zweimal, Sonntags und
Montags einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtspaltige Kompatibilität
zählt 5,50 M. „Kleine Anzeigen“
das festgedruckte Wort 1,50 M. (zu-
lässig zwei festgedruckte Worte), jedes
weitere Wort 1.— M. Stellengröße
und Schlafzeilenangelegenheiten das erste
Wort 1.— M., jedes weitere Wort
60 Pfg. Werts über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Abonnenten Seite 2.— M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Reinigungsgebühr.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 5 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Schlußzeit
von 9 Uhr früh bis 3 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97

Donnerstag, den 17. Februar 1921

Vorwärts-Verlag S. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 117 53—54

Vom preussischen Wahlkampf.

Verdatterung.

Die Veröffentlichungen des „Vorwärts“ über die Zu-
stände im deutschnationalen Lager haben auf die deutschnatio-
nalen Organe je nach ihrem Temperament verschieden gewirkt.

Die „Kreuzzeitung“ schlägt die Augen zum Himmel auf
und beteuert, die Rechtsparteien hätten sich im Wahlkampf
zurückgehalten (!) und Mäßigung (!!) auferlegt, wie es
„die politische Ethik“ erfordere. Nicht so aber die Sozial-
demokratie. Und nun geht es los. Dem „Vorwärts“ sei kein
Raum nicht zu schade, drei Spalten mit so einem Nachwerk
auszufüllen, Unzufriedene und Verärgerte gebe es überall usw.

Die „Post“ dagegen ist nicht nur schlau, sondern sie weiß
auch, daß sie es ist:

Wir tun ihm (dem „Vorwärts“) nicht den Gefallen, uns von
der sicheren Straße des Programms der Deutschnationalen Volkspartei
in das Gestrüpp sozialdemokratischer Wahl-
diagnostik locken zu lassen. Wir wissen, daß es dem „Vorwärts“
höchst erwünscht wäre, auf diese Weise Kraft und Zeit
auf Seiten der nationalen Parteien vergeudet zu
sehen. Eben deshalb verfolgen wir uns das und verderben ihm
somit das Konzept.

Nun kommt aber — o weh! — die „Deutsche Zei-
tung“ und erklärt:

Da wir hören, daß die „Deutschnationalen Volkspartei“ im Laufe
des heutigen Tages noch ausführlich zu den „Enthüllungen“ des
„Vorwärts“ Stellung nehmen wird, verzichten wir auf jedes nähere
Eingehen auf die neueste Ente des Sozialistenblattes.

Also die Deutschnationalen Volkspartei tut, was uns er-
wünscht ist, und läßt sich, Kraft und Zeit vergeugend, in das
Gestrüpp der sozialdemokratischen Wahldialektik locken.
Regie! Regie!

Eine 20 000-M.-Affäre.

Die Korrespondenz der Deutschnationalen Volkspartei be-
hauptete am 15. F. M. — nach vor unserer Veröffentlichung Nr. III
— es würde noch eine Schrift veröffentlicht werden, die ihrer Partei
für 20 000 M. angeboten worden sei. Dazu erfahren wir: Die
Deutschnationalen Volkspartei hat vor den Reichstagswahlen eine ihr
unbequeme Schrift für den erwähnten Betrag angekauft. Dieser
Borgang mag es gewesen sein, der einen Ehrenmann veranlaßt
hat, ihr neuerdings ein ähnliches Geschäft anzubieten, das abge-
lehnt wurde. Die von uns am 15. d. M. veröffentlichte Schrift ist
ihre aber niemals zum Kauf angeboten worden und stammt von einer
ganz andern Seite. Die Parteilitung der Deutschnationalen Volkspartei
hat die Verfasser dieser von uns veröffentlichten Schrift
zu unrecht als Erpresser zu diskreditieren versucht. Die ganze
Geschichte, die von der Korrespondenz der Deutschnationalen
Volkspartei in höchst unvorsichtiger Weise angeknüpft wurde,
ist nur ein neuer Beweis für die wahrhaft „treudeutschen“ Zustände
im deutschnationalen Lager.

Deutsche gegen Deutschnationalen Volkspartei

Die Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Volkspartei
sieht sich durch die Veröffentlichung des „Vorwärts“ ver-
anlaßt, ihren bisher geheimgehaltenen Bericht über die Ver-
handlungen ihrer Partei zur Bildung einer Einheitsfront der
Deutschnationalen zu unterbreiten. Der Bericht bestätigt die Dar-
stellung, die im „Offenen Wort eines Deutschnationalen“
(Nr. 73 d. „V.“) wiedergegeben wurde. Hergt erklärte am
1. Februar vormittags,

daß nach seiner Ansicht ein Eintritt der Deutschnationalen in
eine Regierung der nationalen Abwehr nicht in Be-
tracht kommen könne. Keiner der 4 oder 5 Millionen Wähler der
Deutschnationalen Partei würde das verstehen; er, Hergt, selbst
würde hinweggesetzt werden, wenn er einen solchen Vorschlag
vertreten würde. Der Wahlkampf sei im Gange und müsse aus-
getragen werden, insbesondere gegen die Sozialdemokratie. (Da-
mit vergleiche man die scheinheiligen Erklärungen der „Kreuzzeitung“!
Red. d. „V.“)

Am 2. Februar erklärte sich jedoch die deutschnationalen
Reichstagsfraktion in einem von Hergt unterzeichneten Schrei-
ben grundsätzlich bereit in Verhandlungen über diese Frage
einzutreten. Hergt hatte schon am 1. nachmittags seinen Um-
fall vollzogen durch die Formulierung der bekannten drei
Punkte, die im „Offenen Wort“ wiedergegeben sind.

Ergebnis: Die „nationalste“ aller „nationalen“ Parteien
hat zunächst aus Wahlangst die nationale Einheitsfront abge-
gelehnt und sich ein paar Stunden darauf aus noch größerer
Angst vor der Konkurrenz der Deutschen Volkspartei zu ihr
bekehrt.

„Kreuzzeitung“ für U.S.P.!

Die „Kreuzzeitung“ vom Mittwochabend bringt folgende
Wahlbetrachtung, die in allen Betrieben platziert zu werden
verdiente:

In Preußen wird es jetzt ganz besonderer Anstrengungen be-
dürfen, wenn das Ziel, der jetzigen sozialdemokratisch be-
stimmten Regierungskoalition den Boden zu entziehen,

erreicht werden soll. Denn nach den Reichstagswahlen im Juni
vorigen Jahres hat das preussische Statistische Landesamt berechnet,
daß die Ergebnisse der Reichstagswahl in den preussischen Landes-
teilen zwar die Mandatziffer der Regierungsparteien von 307 auf
221 herabgesetzt hätten, daß aber diese 221 Mandate immer noch
gegenüber den 183 der Opposition die Mehrheit gebildet hätten. Es
wird also am nächsten Sonntag wesentlich besser gewählt werden

Das alte Preußen

wollen Deutschnationalen und Deutsche Volkspartei
wieder herstellen.

Das heißt

Dreiklassenwahlrecht / Gesindeordnung / Junker-
privileg für die Staatsämter / Ausnahme-
gesetze gegen Landarbeiter / Militarismus
Klassenjustiz / Rechtlosigkeit der Frau

Knechtschaft

auf allen Gebieten.

Wählt sozialdemokratisch (SPD)

Gegen das alte Junkerpreußen
für den neuen, freien Preußenvolksstaat.

müssen, als im Juni vorigen Jahres, wenn die Sozialdemo-
kratie aus der Regierung ausgeschaltet werden
soll. Aber es wird um so schwerer sein, dies Ziel zu erreichen, da
inzwischen im sozialdemokratischen Lager unzweifelhaft eine Verschie-
bung auf Kosten der oppositionellen Unabhängigen zugunsten der
Mehrheitssozialisten stattgefunden hat.

Das ist wenigstens offen gesprochen. In Preußen soll
statt des Genossen Braun ein Junker Ministerpräsident
werden. Junker sollen das Innere und die Landwirtschaft ver-
walten, ein orthodoxer Konsistorialrat soll Unterrichtsminister
werden. Dieses Ziel ist aber verdammt schwer zu erreichen,
weil zuviel Arbeiter sozialdemokratisch und zu wenige
unabhängig wählen. Darum versteht die „Kreuzzeitung“
den Fortschritt der Sozialdemokratie und der Rückgang der
Unabhängigen in schwere Sorgen.

Dieses Geständnis der „Kreuzzeitung“, daß sie jede
U.S.P.-Stimme als ihren eigenen Gewinn, jeden Verlust der
U.S.P. als ihren eigenen Verlust bucht, mühte eigentlich die
Unabhängigen — und zugleich die Kommunisten für die na-
türlich das gleiche gilt — für jeden denkenden Arbeiter praktisch
erledigen.

Noch zu wenig... Dienstagabend hielt in einer Reinden-
dorfer deutschnationalen Wählerversammlung vor einem kleinen und
wenig kritischen Publikum der bekannte Major Ander eine Rede-
über die folgende Gedanken entnommen seien. Der Krieg wurde
verloren, weil wir noch zu wenig national waren! Es
wurde zu wenig gerüstet, alljährlich blieben 100 000 Menschen
unausgebildet. Reichstag und Regierung mangelte es ebenfalls an
nationalem Denken. 1904, da Rußland noch vom russisch-
japanischen Kriege schlapp war, konnten wir Frankreich über den
Ozean rennen. 1917 fiel uns der Reichstag mit der ver-
räterischen Friedensresolution in den Rücken. Der Chancist
Bethmann Hollweg vermochte nicht auf den Vorschlag seiner kaiser-
lichen Hohen, des Kronprinzen einzugehen, den heiligen Jörn und
Doh in das Volk zu tragen, um es zum Ausbilden anzuspornen.
Wir waren international besesselt. Nur das internationale
Preußen der pazifistischen Chancisten hat uns zu hereingefahrenen
Europäern gemacht. Wir mühten dem Jernstein des Inter-
nationalismus Vales laden, nationales Denken muß
die Richtschnur für die künftige Außenpolitik sein. Da es uns nun schon
mal so dreckig geht, müssen wir das Maul aufreißen, womit
wir dem Ausland mehr imponieren werden, als mit unserem weh-
mütigen elenden Gemüsel. Die Befehung des Ruhrgebietes
ist eine leere Drohung; wenn es dazu kommt, bin ich der
Teufel, der den Generalkrieg proklamiert. Nach Major Ander
kam die Abgeordnete Frau Becker zu Worte, die sich bei den an-
gedeuteten sachlichen Erläuterungen über das Dedamengesetz
in bestigen antimilitarischen Ausfällen erging. Der Kern-
punkt ihrer Rede war die Sorge, daß durch die sozialistischen
Behauptungen das bisher „reine“ Land „sozialistisch verunreinigt“
werde. — Man sieht also, daß Herr Ander seine Mahnung, das
Maul aufzureißen, selbst bestens befolgt.

Zu einer Wahlprüfung kam es am 11. d. M. in Landsberg a. M.
zwischen Deutschnationalen und Kommunisten, wobei ein Haupt-
mann Benglich durch Messerschläge verletzt wurde.

Das herrliche alte Preußen.

Merkwürdig rasch hat sich der Vorhang über den Prozeß
Hiller-Helmhase gesenkt, aber man hat doch noch gerade einen
tiefen Rückblick in das alte Preußen werfen können, das
„gute alte Preußen“, wie es die Rechtsparteien zu ihrem rüsti-
gen Wahlgeschrei erhoben haben. Der von seinen Vorgesetz-
ten zu Tode gemarterte Kriegsfreiwillige, — das ist der alte
Preußengeist, wie er lebt und leidet. Der Fall Hiller-
Helmhase läßt sich nicht als Ausnahmefall beiseiteschieben, er
ist nur ein Gipfelpunkt in der unendlichen Kette von
Robeltsakten, die das Rückgrat des preussischen Militärsystems
bildeten. Die Karpatentragödie ist nicht denkbar ohne den
Hintergrund des altpreussischen Systems.

Der Göttinger Geschichtsprofessor Brandt hat auf den
Botsdamer Tagung der Deutschen Volkspartei das wesent-
liche Verdienst des alten Preußens entdeckt, nämlich den —
Parademarsch! Bitte nicht lachen. Der Marsch hat mehr
recht als er ehnt. Der Parademarsch, das ist der Triumph
eines Systems, das den Menschen aus einem denkenden Wesen
zur mechanischen Gliederpuppe umformt. Ein
Volk von Automaten, das mit durchgedrückt Knie und
„Augen rechts“ auf Befehl eines Unteroffiziers rechts und
links schwenkt, ein Volk, das nur Gehorsam und keine eigene
Meinung kennt, das war das altpreussische Ideal.
Dies Parademarsch-Preußen hat den Kriegsfreiwilligen Helm-
hase körperlich gemartert, es hat Millionen anderer Kriegs-
freiwilliger seelisch gemartert. Es hat die Widerstands-
kraft des Volkes im Weltkrieg gebrochen, denn diese Wider-
standskraft konnte sich nur auf Persönlichkeitswert und nicht
auf Kadavergehorsam gründen. Der „alte Preußengeist“ hat
die Front von hinten erdolcht.

In den Karpaten hungern die Mannschaften bei 25 und
30 Grad Kälte. Das mühsam herangebrachte Essen muß mit
Äxten ausgehauen werden, weil es zu Eis gefroren ist. Der
Typhus bricht aus, weil die Mannschaften aus Lämpeln trinken,
in deren Tiefe Russeneichen liegen. Und zu genau derselben
Zeit, wo sich in 1500 Meter Bergeshöhe herzzerreißende Tra-
gödien abspielen, ist es im Großen Hauptquartier durchaus
nützlich, Tag für Tag fünf Gänge an der Mittagstafel und
vier Gänge an der Abendstafel, Gerichte wie Schlei, Fa-
sanen, Rebhühner, Filets, Spargel, Hummermagonaijett
usw. in Masse zu verzehren, die man nicht mit Leichenwasser,
sondern mit erlesenen 1911er Weinen, mit den besten Selt-
marken begießt. In naiver Selbstverständlichkeit nimmt die
Generalskizze und ihr Stabsoffiziersanhang jeden Luxus,
jede Bequemlichkeit hin, läßt sich in Feindesland die besten
Wägen einräumen, während oben auf den Karpaten typhus-
kranke Mannschaften sich in wassergefüllten Erdbüchern betten
müssen. Das ist der typische Geist des alten Preu-
ßen, wo der Vorgesetzte als ganz selbstverständlich jede Be-
quemlichkeit für sich beansprucht, und es ihm ganz un-
sagbar erschien, daß er dem — selbst mit dem Tode rin-
genden — Untergebenen auch nur den kleinsten Teil seines
Luxus abgeben sollte.

Wie oft haben wir es im Felde draußen gesehen: Einen
im sechsfüßigen Auto dahinfahenden Stabsoffizier, der sich
weigert ein paar Verwundete mitzunehmen, die sich kaum
fortschleppen können. Vielleicht weniger aus Hartbozigkeit
als aus Standesdünkel: Er, der Herr Major, kann sich doch
nicht mit ein paar ganz gewöhnlichen Gemeinen in das
selbe Auto setzen. Geist des alten Preußen!

Dieser Kostengeist war es, der dem alten Preußen das
typische Gepräge gab. Es galt nicht als unehrenhaft, wenn
ein Angehöriger der Offizierskaste ein Mädchen aus dem
Volk verführte, aber Schmach und Ausstoßung ihm, wenn er
die Verführte zu heiraten wagte! Feine Blüten trieb der alt-
preussische Standesdünkel. Ist die Geschichte von jenem Re-
gattaverein am Wannsee schon vergessen, der einen berühmten
Bildhauer von der Mitgliedschaft ausschloß, weil nach den
Statuten nicht aufnahmefähig war, „wer von seiner
Hände Arbeit lebt“?

Doch der gesellschaftliche Kostengeist war im alten
Preußen — das ist das Bezeichnende — stattdessen funk-
tioniert. Niemand z. B. konnte in Altpreußen höherer
Verwaltungsbeamter werden, der nicht aus adliger oder fi-
nanzaristokratischer Familie stammte, das Patent als Reserve-
leutnant besaß und in einem feudalen Korps aktiv gewesen
war. Kein Referendar gelangte in die Verwaltungslaufbahn,
der diese Bedingungen nicht erfüllte. Die höchste Begabung
vermochte nicht auszugleichen, daß der Vater ein offenes
Ladengeschäft betrieb oder eine Tante mit Eiern handelte. —
Und heute das Geschrei, weil die Sozialdemokratie es wagt,
in den nach solchen Gesichtspunkten ausgelesenen Verwal-
tungsapparat Breche zu legen!

Fabelhaft gerecht soll dieser alte Verwaltungsapparat nach
dem Zeugnis der Deutschnationalen gearbeitet haben. Zu
Wirklichkeit war das Charakteristische an ihm, daß er be-
wußt parteiisch handelte und im Volksgelüb seiner Macht
sich dessen offen rühmte. Hat doch z. B. ein altpreußi-
scher Innenminister, der Freiherr v. d. Redde, am 11. Mai
1897 rund heraus im Abgeordnetenhaus erklärt, „er nehme

grundsätzlich jeden Landrat in Schutz, der, sei es auch außerhalb der gesetzlich zugelassenen Grenzen, gegen regierungsfeindliche Bestrebungen einschreitet." Deutscher konnte die Aufforderung zur Ungefehllichkeit wahrlich nicht an die Verwaltungsbeamten ergehen.

Und wie gut ist sie befolgt worden! Diese Bücher liefen über die Ungefehllichkeiten schreiben, mit denen die Sozialdemokratie im alten Preußen verfolgt wurde. Denken wir nur an die Handhabung des Vereinsgesetzes! Immer neue Hindernisse entdeckte das vorsorgliche Auge des Amtsvorstehers oder Landrats, um sozialdemokratische Versammlungen unmöglich zu machen. Als nach dem neuen Vereinsgesetz Versammlungen unter freiem Himmel erlaubt waren, da gab es doch in Preußen einen Amtsvorsteher, in dessen Bezirk niemals eine Versammlung stattfinden konnte. Denn bald erließ der Wäcker, daß die Zugangstraße zum Grundstück zu schmal war, bald befürchtete er, daß wegen der Biegungen des Zugangsweges ein Teil der Besucher querselbein durch die Acker stampfen könnte, dann wieder vermehrte er Aborte und schließlich verlangte er getrennte Aborte für Männer und Frauen. Und wer als Beamter in solcher parteiischen Verhöhnung der Gesetze den größten Schneid bewies, der riskierte nichts im alten Preußen, sondern brachte es am weitesten!

Gegen den Terror! So heult der Chor der Rechtspresse. Wo hat ein größerer Terror geherrscht, wo war die Gesinnungsmittel gegen jeden einzelnen, namentlich aber gegen den Beamten, mehr im Schwange, als im alten Preußen? Das Gedächtnis der Menschen ist leider so gar kurz. Sonst würde man sich noch besser an Fälle erinnern, wie an den Fall jenes demokratischen Lehrers, der um jeden Preis gemahregelt werden sollte und als man ihm schließlich nichts anderes nachweisen konnte, disziplinarisch bestraft wurde, weil er die Luftklappen in der Klasse nicht nach Vorschrift so und so geöffnet hatte! Man würde sich erinnern, daß ein anderer Lehrer Knall und Fall aus dem Amte slog, weil er in einer Kaiser-Geburtstagsrede gesagt hatte, Preußen brauche weniger Sozialdemokraten, aber mehr soziale Demokraten! Kein Sozialdemokrat, kein Republikaner konnte im alten Preußen nur in das kleinste Amt kommen.

Gerechtigkeit! Bewußt wurde im alten Preußen die Justiz zur Dine der Politik gemacht. Antimorale doch im Jahre 1895 der preussische Justizminister Schönstedt der Sozialdemokratie, die sich im Reichstag über zweierlei Maß der Justiz beschwerte, mit dem zynischen Wort: „Wenn zwei das gleiche tun, so ist es eben nicht das gleiche.“ Und ein rechtsnational-liberaler Jurist, Dr. Haarmann, priest im Abgeordnetenhaus die Justiz als „festestes Bollwerk gegen die Sozialdemokratie“.

Ruf man wirklich noch heute an das Dreiklassenwahlrecht und das Herrenhaus erinnern? Ist es bereits vergessen, daß 300 000 Wähler erster Klasse dasselbe Wahlrecht hatten, wie 7 Millionen der dritten? Daß dieses infame Wahlrecht in den siebenzig Jahren seiner Existenz nicht geändert werden können — bis zum 9. November 1918?! Denn jener konservative Professor hat Recht gehabt, der in den „Grenzboten“ schrieb: Im alten Preußen konnte nichts gegen den Willen des Adels geschehen.

Das ist der Kern. Ein Adelsstaat, ein Kastenstaat, beherrscht von kriegerischen Junkern, zusammengehalten durch Preßung, Terror und Brutalität, das war das alte Preußen. Entsinnt Euch doch! Aus seinem eigenen Leben werden jedem unzählige Beispiele dafür einfallen. Diesem alten Preußen des Parademarschs sehen wir entgegen das neue demokratische Preußen der Persönlichkeit, der Selbstverantwortung und des Geistes! Dem ausbeuterischen Preußen, das die Futterkrippe der Junkerkaste war, sehen wir entgegen das Preußen des Sozialismus. Die Kampffront steht am 20. Februar, wie sie die Eingangstrophe eines in der Arbeiterzeitung gern gesungenen Liedes zeichnet:

Sie standen auf Preußens Grund gerüstet zum Streit, die alte gegen die neue Zeit, das, was sollt wachsen, gegen das, was vergehn sollt, das, was sollt fallen, gegen das, was bestehn sollt!

Das alte Preußen soll am 20. Februar fallen und vergehen, das neue Preußen soll wachsen und bestehen!

Wilhelm, der Urheber.

In dem Prozeß um den dritten Band der Bismarckschen Gedanken und Erinnerungen wird die Urteilsbegründung bekannt. Sie spricht im wesentlichen Wilhelm das Urheberrecht an den in Bismarcks Werk zitierten Briefen zu, weil sie persönlich politische Bekenntnisschriften seien. Sehe man von persönlichen Anreden, Bemerkungen und Zusätzen ab, so bliebe noch immer eine große Menge sachlicher Inhalts übrig. Diese könnte zum großen, ja zum größten Teil fast wörtlich als politische Arbeit eines beliebigen Verfassers veröffentlicht werden. Als unwesentlich hat das Gericht dabei angesehen, daß eventuell die darin geäußerten Gedanken nicht von Wilhelm herrühren, sondern ihm erst von anderen zur Verfügung gestellt seien. Der § 16 des Urhebergesetzes, wonach der Abdruck amtlicher Schriften zulässig ist, trifft nicht zu, weil es sich um private Äußerungen, wenn auch hochpolitischen Inhalts handelt.

Einen Tag nach der Preußenwahl!

Beginn des Sonnenfeld-Prozesses.

Am Montag, den 21. Februar, beginnt vor der 4. Strafkammer des Landgerichts in der Prozeß gegen die Sonnenfelds, die in der Sklar-Angelegenheit eine besondere Rolle spielen, weil sie die Urheber der ganzen Aktion sind. Ernst Sonnenfeld jr., der Hauptangeklagte, ist beschuldigt, während seiner Tätigkeit in der Marine der Reichstag den Reichsjustiz durch Schindeldiebstahl um 237 000 M. betrogen zu haben, während er sich außerdem die Beiträge der beiden letzten Rechnungen in Höhe von 1 269 750 M. widerrechtlich angeeignet, also unterschlagen hat. Mit diesem Geld ist er in Begleitung der Privatsekretärin Schlaß nach Holland entflohen. Seine übrige Familie, der Vater Hermann Sonnenfeld, der Bankbeamte Wulke, dessen Schwiegersohn, die Mutter Paula Sonnenfeld und der Bruder Herbert Sonnenfeld stehen unter Anklage, die Flucht ihres hoffnungslosen Anverwandten begünstigt zu haben. Unter der gleichen Anklage steht die Korrespondentin Gertrud Schlaß, die ihre frühere Tätigkeit beim Ministerialdirektor Raumann benutzte, um Sonnenfeld durch einen Post nach Holland zu befördern. Der Bruder, Hermann Sonnenfeld, steht außerdem unter der Anklage, zusammen mit dem Registrator Kästch, der sich inzwischen erschossen hat, Akten und Utensilien in anstößiger Verwahrung vorzüglich beiseite geschafft zu haben. Vater und Sohn Sonnenfeld sind schließlich der Erpressung gegen Georg Sklar angeklagt. Sonnenfeld jr. hatte nämlich bei seiner Flucht Privatpapiere des Georg Sklar mitgenommen (was einen weiteren Punkt der Anklage bildet) und drohte zusammen mit seinem Vater mit der Veröffentlichung dieses Materials, falls sich Sklar mit ihm nicht gütlich einigte. Der Prozeß verspricht, außerordentlich umfangreich zu werden, er wird voraussichtlich vier Wochen dauern.

Es ist außerordentlich auffällig, daß mit diesem Prozeß gerade einen Tag nach der Preußenwahl begonnen wird. Diese Gerichtsverhandlung wird nämlich zeigen, welche Art „Ehrenmänner“ die Hintermänner der Davidsohn und Baumeister sind, von denen das ganze Treiben ausgeht, das unter dem Schutze „Sklar“ die Sozialdemokratische Partei systematisch zu diskreditieren sucht. Hat doch Sonnenfeld jr. gedroht, er würde die ganze (damalige) Regierung „in die Luft sprengen“, wenn man ihm seinen Raub von netto 1 1/2 Millionen nicht ließe.

Einen Tag nach der Preußenwahl beginnt der Prozeß gegen die Regierungsfürzer von Defraudations Gnaden. Gerade einen Tag nach den Wahlen. Wertwändig... Schade...

Das Ueberschichtenabkommen gekündigt.

Essen, 16. Februar. (WZ.) In einer Konferenz der Vorstände der vier Bergarbeiterverbände wurde heute beschlossen, daß Ueberschichtenabkommen für den Ruhrbergbau zu kündigen, so daß vom 13. März an keine Ueberschichten mehr verfahren werden, vorbehaltlich weiterer Verhandlungen.

Der Beschluß der Bergarbeiterverbände, dessen Tragweite unabsehbar ist, kommt nicht mehr überraschend. Das Ueberschichtenabkommen legt der Bergarbeiterschaft größere Arbeitslasten auf, als nach den Beschlüssen der Arbeitskonferenz von Washington zulässig ist. Es zwingt die deutschen Bergarbeiter zu Ueberarbeit und — angesichts der Lage des Kohlenmarktes — die englischen und französischen Bergarbeiter zum Feiern. Daraus erhellet der Widersinn der Beschlüsse von Spa, der durch die Pariser Beschlüsse noch verschärft worden ist.

Auf der anderen Seite bestehen für die Stimmung der Bergarbeiterschaft auch innere Gründe, von denen die Verschleppung der Kohlensozialisierung nicht der geringste ist. Das Ergebnis der Verhandlungen, die vorbehalten sind, ist jedenfalls sehr ungewiß, und die nächste Zukunft ist mit einer neuen Unsicherheit belastet.

Döhners politische Polizei.

München, 16. Februar. (U.) In der heutigen Sitzung des Finanzausschusses des Landtages wurde von Rednern der Demokraten und der Bayerischen Volkspartei (die Sozialdemokratie nimmt an den Sitzungen nicht mehr teil. Die Red.) lebhaft Kritik an den Leistungen der Münchener Polizei geübt. Es wurde geklagt, daß die Demonstrationen der letzten Zeit von der Polizei nicht verhindert wurden, daß eine durch Plakate betriebene zügellose Heze von der Polizei geduldet werde und daß schwere Mißgriffe bei der Handhabung der Fremdenpolizei vorkämen. Staatssekretär Dr. Schwener erklärte, daß die Regierung in verschiedenen Punkten gegen das Vorgehen der Polizei Bedenken gehabt und der Polizeidirektion Vorhaltungen gemacht habe. Für die Polizei dürften keine politischen, sondern nur politische Gesichtspunkte maßgebend sein. Hinsichtlich der Plakate seien behaverliche Versehen unterlaufen. In der Handhabung der Fremdenpolizei seien einige Widerungen eingetreten, außerdem habe die Regierung in einer Reihe von Fällen korrigierend eingegriffen.

Selbst die Kahrregierung magt das korrupte Regiment Döhners nicht mehr reiflos zu verteidigen!

München, 16. Februar. (U.) Wie die „Münchener Post“ meldet, hat der Gewerkschaftsverein München einstimmig eine Entschließung angenommen, welche das Vorgehen der sozialdemokratischen Parteien im Landtage begrüßt und erwartet, daß sie an ihrem Standpunkte festhalten, die Regierung Kahr zu zwingen, „von ihrer verbrecherischen Politik im Interesse des Reiches abzusehen“. Die Arbeiter Münchens fänden den kommenden Auseinandersetzungen mit Ruhe entgegen, und wenn notwendig, würden sie ihre schärfsten Mittel anwenden.

Der Org.-Kassenschreiber Affessor Dr. Hentl ist nicht wegen Beteiligung am Kapp-Putsch von der Oberkassensanwaltschaft des Kammergerichts entlassen worden, sondern hat sein Athesoregament erst nach dem Kapp-Putsch gemacht. Die gegenteilige Angabe beruht auf der irrigen Auskunft, die den ermittelnden Polizeibeamten im Kammergericht von dortigen Beamten gegeben wurde.

Der Reichstagsabgeordnete Dr. Hugo (D. Sp.) hat sein Amt als Reichsbevollmächtigter der Außenhandelsstelle für den Exporthandel niedergelegt, weil gegen ihn der Vorwurf parteiischer Amtsführung erhoben worden ist, den er zurückweist.

Sehr milde Strafe für einen Volksfeind. Wie die „Bälgische Rundschau“ meldet, wurde Sekretär Haas von der freien Bauernschaft, der während des Mißstreffs 300 Liter Milch der Stadt Frankenthal in den Straßengraben geschüttet hatte, zu acht Monaten Gefängnis verurteilt.

„Der Versailler Vertrag ist eine Schande“

Von Paul Colin.

Der Belgier Paul Colin gehört zu jenen Männern, die in dem Tagen von Versailles Protest gegen den Gemältschreiben erhoben. Colin, gemäßigter und vernünftiger, tritt gegen die Manishe und kam als erster zu uns. Seine Manishe aus jener Zeit sind jetzt in der Uebersetzung von Wilhelm Rieder in der „Zeitung für Kunst und Welt“ erschienen (Verlag Grich, Berlin). Wir geben Auszüge daraus, die sehr interessante Aktualität gewonnen haben.

Noch einmal haben die, denen das Glück der Menschheit über alles geht, Gelegenheit, gegen das große Verbrechen den Ruf zu erheben, den wir seit fünf Jahren erwarten. Noch einmal kommt Gelegenheit, zu brechen mit dem Gesindel von Profitmachern und Rädern, und Europa wieder zu erhöhen vor der prüfenden Geschichte und der zerquälten Welt.

Fassen wir die Tatsachen in ihrer nackten Roheit zusammen. Als 1914 der Krieg ausgebrochen war, verkündeten die westlichen und noch ihnen alle hinzugetretenen Völker ihren Willen, zu kämpfen bis zu einem „gerechten und dauernden“ Frieden, einem Frieden der endgültigen und aufrichtigen Versöhnung. Fünf Jahre hindurch hat diese Vorspiegelung die armen Soldaten der feindlichen Armeen geblendet, und in den Schützengräben der beiden Gegner hat die gleiche Hoffnung den Mut genährt, die Schwäche bezwungen. Aber, als an der Schwelle eines fünften Winters die große Erschöpfung kam bei allen Völkern, besonders aber in Deutschland, da fabrizierten die Diplomaten einen Frieden des Raubes, der Gevallen und des Grobts, der Hunderte von Kriegen im Keim entzündet.

Das sind die Tatsachen!

Man komme mir nicht mit der Notwendigkeit der Sicherung gegen spätere Angriffe! Der Groß und Hoff, den dieser Friede bei den Besiegten hervorruft, ist tausendmal bedrohlicher als eine ungeschickte Grenze oder eine unbezahlte Staatsschuld.

Nein, dies ist kein Friede. Es ist ein Akt blinder Rache. Die Zukunft wird blutig sein um seinetwillen. Es ist Anwendung der alttestamentarischen Formel: Aug um Auge, Zahn um Zahn. (Über demais lang man zur Siegesfeier noch kein Ledum dem christlichen Gott.)

Und außerdem, um ein berühmtes Wort aufzunehmen: „Es ist nicht bloß ein Verbrechen. Es ist ein Fehlgriff.“

Das werden unsere Kinder einsehen, wenn sie darunter leiden werden. Sie werden die Namen derer durch den Rot schleifen, die toll von einem vergänglichem Erfolg — alles ist vergänglich in der Geschichte — den gefährlichsten Feind zerpeilschten und von der Höhe ihrer deutlichen Tugend verächtlich auf ihn niedersehen.

Gewiß, man brauchte Deutschland nicht die Absolution zu geben, die es ebenso wenig verdient als alle anderen. Man mußte unerbittlich sein in der Entschädigung für die Verluste, die es Belgien zugefügt hatte (und Deutschland war dazu bereit). Man mußte aber die Verteilung der Schuld an der weit zurückliegenden Vorbereitung des Krieges jugelassen. Man mußte anerkennen, daß gewisse Hän-

der — Bulgarien, Italien, Rumänien — mehr als Deutschland räuberische und imperialistische Kriege geführt und dadurch die Verachtung der zivilisierten Welt verdient haben. Man mußte vor einen Gerichtshof nicht nur die Berliner Kamarilla, sondern alle stellen, die in Deutschland und anderswo den Krieg ermöglicht und dann im Dezember 1916 seine Beendigung verhindert haben.

Ich habe solche Leute kennen gelernt, die ohne zu zögern alle Freundschaftsbande und Interessensverknüpfungen mit anderen Menschen brachen, nur um ihren Vätern und Ahnen gehoriam zu sein. Sie wollen die Schurkerei oder die Dummheit der Väter und Ahnen nicht sehen. Gerade so haben sich die Völker benommen. Sie haben sich nicht erneuert. Der Krieg hat sie zerstückelt, aber sie haben nichts aus ihm gelernt. Der Wille, die Welt nach neuem Plan wieder aufzubauen, lebt nur in wenigen Köpfen. Die Schlagworte der Vorkriegszeit bleiben unangetastet. Selbst das Verbrechen wird nicht mißbilligt.

Leidten Herzens fängt man von neuem an, ohne zu bedenken, daß gleiche Ursachen gleiche Wirkungen geben.

Statt eines demokratischen Friedens, der Verzeihung und Vertrauen bringt, zimmert man einen Frieden des Imperialismus und der Ueberhebung. Kein Erbarmen, kein Gefühl. Und während die Bevollmächtigten unterzeichnen, bespuden die Schreiber den besiegten Feind und predigen ewigen unbarmherzigen Haß.

Dies sind die Dinge, die — und dazu möchte ich ein letztesmal die freien Köpfe auffordern, die nicht gegen den Krieg aufgetreten sind — mit Schärfe den Verbrechen gesagt werden müssen, die den Frieden von Versailles gemacht haben, die Europa im Krieg entzündet haben und jetzt schon wieder auf neue Hekatomben hinarbeiten.

Da ist Zetergeschrei über Deutschlands Vertragsverletzung, ausgestoßen von Leuten, die alle Verträge Europas fortgesetzt mit Füßen treten. Da ist die sogenannte Völkerfreiheit, errichtet auf dem Rücken einer verfluchten Nation. Da sind die „Vorkämpfer der Menschheit“, Schändlichkeiten häufend, hundert Millionen Inschuldiger zu ewiger Pein verdammend. Da sind die Apostel von „Recht und Gerechtigkeit“, die Unrecht mit vollen Händen säen, Wiederhersteller alten Treuels, die die Besiegten bestehlen, herauden, machen und brandtschlagen. Da ist Frenel, Meineld, Lüge, Grausamkeit — von allem zumel —

Der Vertrag von Versailles ist eine Schande. Er ist ein böswärtiger Anschlag gegen die einfachste Redlichkeit und gegen das Recht. Wer ihn verteidigt, der entschuldigt die imperialistische Politik der ehemaligen Beherrscher Deutschlands und billigt ihr Verfahren.

Die ihn diktiert haben, sind schuldig der ungeheuerlichsten Unterschlagung von Energien, Begeisterungen und Glaubenskräften, die je begangen ward. Die ihn unter der Drohung der Boykotte unterzeichnet haben, sind durch ihr Ungeil aller Sympathien wert geworden.

Krapotkin ist, wie nunmehr von einwandfreier Seite gemeldet wird, bei Moskau im Alter von 78 Jahren gestorben. Er war ein echt russischer Mensch: voller Gegensätze, zu keinem Kompromiß fähig, bereit, seinen Idealen nachzuleben und bereit, für sein Ideal zu leiden. Wie Tolstoj, an den er erinnert, entstammte auch er einem alten Adelsgeschlecht, wie Tolstoj bestammten auch ihn die Eltern für die Offizierslaufbahn. Wie Tolstoj entlagte auch er allen Ehren, und dem Volk, dem er sich verwandt fühlte, zu dienen. Aber hier trennen sich ihre Wege. Tolstoj ging aufs Land, zu den Bauern, Krapotkin blieb in der Stadt, bei den Fabrikarbeitern. Tolstoj war mehr Ethiker, während Krapotkin mit ganzer Leidenschaft politische Ziele verfolgte. In den letzten Jahren, jener vorbereitenden Epoche der russischen Revolution, in der die Intelligenz die Organisation der Arbeiterkraft in die Hand nahm, wurde er Anhänger des politischen Anarchismus, dessen bedeutendster Vertreter er dann wurde. Die These von der staatenlosen Volksgemeinschaft als der besten Form der menschlichen Organisation trug ihm natürlich die Feindschaft der „staatsbehaltenden“ Organe ein, die ihn unerschütterlich zu machen suchten. In Russland sah er drei Jahre in Einzelhaft; in Frankreich, verbüßte er später drei Jahre Gefängnis. Den größten Teil seines Lebens verbrachte er in England, Frankreich und der Schweiz. Erst nach Ausbruch der großen Revolution in Russland kehrte er in seine Heimat zurück. Obgleich er sich nie den Kommunisten angeschlossen und dem Bolschewismus fremd gegenüberstand, hat die Sowjetregierung seine persönliche Freiheit nie angetastet. Am bekanntesten von seinen Schriften sind seine Werke „Die große Revolution 1789—92“, „Die russischen und französischen Gefängnisse“ und „Memoiren eines Revolutionärs“. Aber auch seinen anderen nationalökonomischen Abhandlungen („Feld, Fabrik und Werkstoff“, „Philosophisches Handbuch der Anarchie“, „Die geschichtliche Aufgabe des Staats“ und „Der Kampf ums Brot“) ist eine gewisse grundlegende Bedeutung nicht abzuspüren, wenn sie sich auch oft an der Grenze des Utopismus bewegen. Weniger bekannt ist, daß Krapotkin auch der Verfasser eines sehr gründlichen Wertes über die Geographie Asiens und eines Wertes über die russische Literatur ist, in dem er das Problem „Ideal und Wirklichkeit“ in den Vordergrund der Betrachtung stellt.

Das Thüringer naturwissenschaftliche Museum in Erfurt, das sich immer mehr zu einem Zentralpunkt des ganzen Thüringer Landes entwickelt, ist im Ausbau begriffen. Zu den besonders wertvollen Beständen dieses Museums wird das Thüringer Herbarium gehören, zu dem der Grundstock bereits angelegt wurde. Ein einzelnes Herbarium, eine Schenkung des Lehrers Reineck, enthält 30 000 verschiedene Pflanzen aus 8000 Arten und ist damit eines der bedeutendsten Herbarien eines deutschen Gebietes. Großartig ist das neue Museum auch in Insekten- und Vogelsammlungen, ferner in seiner umfassenden Mineralienabteilung und der Sammlung vorzeitlicher und späterer Tiere. Das Museum wird eine der größten Sehenswürdigkeiten Erfurts sein.

Caruso im Sterben. Eine Schok-Nachricht aus New York zufolge liegt Caruso im Sterben. Er erhielt die Sterbesanktamente.

Kaufausverkauf in Russland. Der Rat der Volkswirtschaftler hat dem Außenhandelskommissariat das Recht erteilt, drische Kommissionen einzuberufen zur Aussonderung von Kaufgegenständen, die dem neubegründeten Fonds zum Export überwiefen werden sollen.

früh 8 Uhr ab. Sweds besserer Bahnarbeit wollen sämtliche Bar-
funktionäre ihre Hilfeleistung nur von dort beziehen. Telefon:
Zint Moritzplatz, 4472. B. Heinrich.

Die Arbeiter und Angestellten des Oshafens nahmen in einer
Versammlung zu den in letzter Zeit erhobenen Beschuldigungen gegen
den Betriebsrat Stellung. Nach einem Referat des zur Disposition
gestellten Vorsitzenden des Betriebsrats gelangte eine an den Be-
waltungsrat für Hülen und Schiffahrt gerichtete Resolution zur An-
nahme, worin dagegen Verwahrung eingelegt wird, daß seitens des
Verwaltungsrats noch keinerlei Schritte zur Einleitung von Ver-
handlungen mit dem Betriebsrat unternommen worden seien. Durch
solche Verhandlungen würden die gegen den Betriebsrat erhobenen
Anschuldigungen in Nichts zerfallen. Die Jurisdispositionsstellung
des Betriebsrats verfolge gegen das Betriebsratsgesetz. Die Auf-
fassung, daß bei weiterem Hintertreiben des Betriebsrats Verhaftungen
Blas greifen könnten, sei schon um deswillen hinlänglich, als der
Betriebsrat erst seit Mitte August 1920 im Amt ist, alle in der Presse
vorgebrachten Anschuldigungen aber weit vor dieser Zeit zurückzuführen.
Eine Hinauszögerung der Klarstellung würde lediglich den Rechts-
parteien und deren Agitation zu den Landtagswahlen. Die Ver-
sammlung verlangt, daß dem Betriebsrat sofort das Betreten des Be-
triebes wieder freigestellt wird. In einer weiteren Entschliessung
protestiert die Vollversammlung aller Hand- und Kopfarbeiter des
Oshafens gegen die Äußerungen der bürgerlichen Presse und
gibt der Erwartung Ausdruck, daß der Magistrat das an dem Be-
triebsrat begangene Unrecht wieder revidiert.

Razzia im Scheunenviertel.

Bestern nachmittags unternahm 80 Beamte der Abteilung W,
10 Beamte der Sittlichkeitspolizei und 50 Schuppisten der Ab-
teilung Friedrichshain eine neue Razzia im Scheunenviertel. Es
wurden besonders die Vokale in der Reuen Schönhauser Straße 13
und 20 und Weinmeisterstr. 7 einer gründlichen Befichtigung un-
terzogen, da sich hier wilde Händler und Straßendirnen aufhalten
sollten. Inhaftiert wurden 228 Personen, davon 67 Frauen-
personen, mitgenommen. Unter den Männern befanden sich sechs
stetdrücklich verfolgte.

Verplappert.

Zu der in Nr. 62 veröffentlichten Notiz über ein Erlebnis einer
stellungsuchenden Handlungsgehilfin, die von dem Kunstverlag
Arthur Rehn u. Co. (W.-Kochstr. 104) als Fakturistin bei
selbständiger Arbeit mit 300 M. Monatsgehalt
entlohnt werden sollte, schickt uns die Firma eine Ermüdung. Sie
glaubt, die Angaben als „durchgehend unzutreffend und bewußt ent-
stellt“ zurückweisen zu dürfen, und behauptet darauflos: „Die falschen
Angaben rühren von der Mutter einer Dame her, die eine Stellung
bei uns angenommen, jedoch nicht angetreten hat. Mit diesen falschen
Angaben soll die Kontraktbrüchigkeit bemäntelt werden, und es soll
ganz offenbar entsprechend einer uns gegenüber gemachten Drohung
auf uns nach der Richtung einwirken, in die Aufhebung des
Vertragsverhältnisses zu willigen.“

Hier ist der Firma Arthur Rehn u. Co. ein erheiternder
Trittum passiert. Diejenige junge Dame, aus deren wahrheits-
gemäße Angaben unsere Notiz sich stützte, hat die Stellung nicht „an-
genommen“, sondern mit unabweisbaren Worten abgelehnt. Sie
brauchte also nicht „Kontraktbrüchigkeit“ zu bemänteln und nicht auf
die Firma „einwirken“, daß diese in die „Aufhebung des Vertrags-
verhältnisses“ willigt. Selbstverständlich konnte daher auch keine
diesbezügliche „Drohung“ ausgesprochen werden, weder von der für
die Stellung dankenden Bewerberin, noch von ihrer Mutter, die in
der ganzen Angelegenheit überhaupt nicht mitgewirkt hat. Wie er-
klärt sich der Widerspruch zwischen diesem Sachverhalt und den zu-
verlässigen Behauptungen der Firma? Offenbar hat die ein-
Monatsgehalt von 300 M. anbietende Firma Arthur Rehn u. Co.
noch von einer anderen Stellenbewerberin einen
Korb erhalten. Diese mag zunächst sich zur Annahme der
miserabel entlohnten Stellung bereit gezeigt haben, hat aber hinter-
her wohl gleichfalls dafür gebaukt.

Die Firma schließt ihren Brief an uns mit dem Ausdruck des
mühseligen Erschließens darüber, daß wir die Notiz gebracht
hätten, ohne uns vorher überzeugt zu haben, ob die Angaben auch
zutreffen. Rein, sie selber hat sich nicht vorher überzeugt, ob ihre
Bemerkung, daß die „kontraktbrüchige“ Bewerberin gemeint sei, wirk-
lich zutrifft. In dem sie falsch riet und eifertig ihren ungewollt komi-
schen Hülfesbrief an uns schrieb, verriet sie selber, daß sie bei mehr
als einer Bewerberin sich die verdiente Abfuhr geholt hat. Sie hätte
hierüber sorgfältig Buch führen sollen, dann wäre ihr der Hineinfall
erspart geblieben, sich noch weiter bloßzustellen.

Bezirks-Bildungsausschuss S.V.D. Sonntag, den 27. Februar, ver-
mittags 11 Uhr, im großen Saal der Neuen Welt, Kaiserstraße 108/114,
Ludwig-Wulf, Orchester — Gesang — Lona. Mitwirkende: Frau Steffi
Hartmann, Balletmeisterin des Deutschen Opernhofes, Frau Gertrud
Woll, Gesang. Musikalische Leitung: Herr Kapellmeister Dr. Ross. Des
Währner-Orchester. Karten à 3 M. in beiden bei allen Abteilungsstellen
und Vorständen der Bildungsausschüsse, in der Buchhandlung Bornhörs,
Platzstr. 2, im Jägermeisterhof, Engelstr. 15 und im Bureau des
Bezirks-Bildungsausschusses. Wir bitten, die bis zum 20. h. M. nicht ver-
kauften Karten zurückzugeben, da die Nachfrage bei uns sehr groß ist. —
Sonntag, den 19. März, letztes Abonnementkonzert. Wir bitten, schon
jetzt die Karten einzulösen. — 4. Einführungskonzert zum Radler-Konzert
am Sonntag, den 6. März, abends 7 Uhr, im Resthof des Berliner Stadt-
hofes, Eingang Klosterstraße. Vortrag mit Demonstrationen am Klavier
von Herrn Eduard Röhrle, 1. Kapellmeister am Deutschen Opernhaus,
Eintrittskarte 1 M.

Wegen der Wahlen Neiden am Sonntag, den 20. Februar, das Alte
und Neue Museum das Kaiser-Friedrich-Museum, das Museum für Völker-
kunde, die Sammlung für deutsche Volkstüm und das Zeughaus ge-
schlossen. — Das Kunstgewerbemuseum ist wegen seines Umzugs von der
Prin.-Albrecht-Straße nach dem Schloß am Lustgarten abends nicht ge-
öffnet.

Herr Otto Hoch, gegen den kürzlich der Mieterverband eine
Warnung erteilt, ersucht uns mitzuteilen, daß er lediglich für den
Bereit zur Bekämpfung des Miet- und Bodenwuchers unter Vor-
führung von Lichtbildern referiert habe. Es sei außerdem unklar,
daß er wegen unklarer Manipulationen entlassen worden sei. Das
müsse auch den Verfassern der Warnung bekannt sein. Auch habe
er, Hoch, die Geschäfte der Gruppe „Spree“ mit Wissen und im
Auftrage des engeren Vorstandes geführt.

Der Potsdamer Butterverkauf. Wie der Potsdamer Magistrat
mitteilt, hat die Prüfung der Angelegenheit betreffend den Verkauf hollän-
discher Butter ergeben, daß die Disconto-Gesellschaft in der Ange-
legenheit vollkommen einwandfrei verfahren habe und lediglich be-
strebt sei, auf dem Preisfeld der Einnahmen bzw. Angestellten preis-
wert zuzuführen. Die aus dem Geschäft entspringenden Schäden sei
der holländische Verkäufer bereit, zu ersetzen, und somit enthalte jeder
Antrag zu einer Inanspruchnahme der Disconto-Gesellschaft.

Vorträge. Im Zeilings-Museum spricht Donnerstag, 17. Feb.
10 Uhr, Prof. Dr. Rich. Sternfeld über „Richard Wagner's Dramen-
gestalten“. Gesänge aus den Musikdramen: „Götterdämmerung“ vom Deut-
schen Opernhaus.

Wahlbestätigung Neudö. Am Sonntag, 20. Februar, abends 7 Uhr,
veranstaltet das Volkshaus Neudö. in der Aula der Volkshaus
einen Beizern Abend. Das Mitglied des Staatstheaters, der Schau-
spieler Hermann Böttcher, wird Vorträge beizern und ersten Choristen
zu Gehör bringen und außerdem mit einigen Liedern zur Laute aufwarten.
Eintrittskarten zum Preis von 2 M. sind bei den durch Aufnahmenschlag
bekanntgegebenen Verkaufsstellen und im Volkshaus Neudö., Zimmer
218, des Rathauses Neudö. erhältlich.

Wortweittheater des Jugendamts Neudö. Vom Sonnabend, den
19. h. M., den 28. Februar, gelangt als Abschiedsvorstellung zur Auf-
führung „Hilf mir bed' dich“. Die Vorstellungen finden täglich 3/4 Uhr in
der Aula des Lyzeums, Berliner Str. 10, statt. Karten zu 75 Pf. sind im
Rathaus, Zimmer 206, zu haben.

Preis. Eintrittskarten für das Neudö. Wortweittheater sind auch
auf dem Jugendamt in Priß, Kochstr. 2, zu haben.

Der Kasseler Kommunistenprozess.

Kassel, 16. Februar. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.)
Bei Eröffnung der heutigen Sitzung erklärt der Vorsitzende, er habe
wegen der Veröffentlichung der Anklageschrift in der
Presse dem Generalstaatsanwalt Anzeige gemacht. Rechts-
anwalt Dr. Wolff begründet darauf einen

Haftentlassungsantrag für sämtliche 7 Angeklagte.

Er erinnert an Fälle wie Karlob, Kessel, die Marburger
Studenten, Besser, Koffach, die sämtlich als Ange-
klagte nicht in Haft genommen wurden, obwohl es sich bei ihnen
zum Teil nicht bloß um politische Vergehen, sondern sogar um
gemeine Verbrechen handelte. Der Verteidiger sagte: Ich
will gern zugeben, daß das Gericht nichts getan hat, um die
Öffentlichkeit zu beeinflussen, aber ich muß bei dieser Gelegenheit
auf das Vorgehen des Staatskommissars für öffent-
liche Ordnung hinweisen, den der Vorwurf trifft, daß er die
Öffentlichkeit einseitig beeinflusst hat. Ich muß es sogar als eine
Fälschung bezeichnen, in welcher Weise die Veröffentlichungen
erfolgt sind. Jedenfalls ist aber das Anklagematerial in der Öffent-
lichkeit so bekannt, daß die Haftentlassung bewilligt werden kann.
Eine Verbundungsgesfahr besteht nicht mehr. Ich bitte das Gericht,
objektiv zu sein und nicht mit zweierlei Maß zu messen. Die Ange-
klagten sind auch nach Auffassung des Vorsitzenden keine Verbrecher,
sondern

politische Angeklagte.

Ein dringender Tatverdacht liegt nicht vor. Das Sondergericht in
Berlin hat erit jüngst in einer Verhandlung gegen einen Redakteur
der „Roten Fahne“ entschieden, daß die Verordnung des Reichs-
präsidenten erst dann überschritten sei, wenn im einzelnen
Falle nachgewiesen ist, daß der Versuch gemacht wird, Anord-
nungen der Reichswehr oder Sipo zu sabotieren. Auch das vorhan-
dene Material, nämlich unausgefüllte Soldbücher, Landkarten usw.,
stellen bloß Vorbereitungs-material dar, aber keinen Ver-
such, eine Rote Armee zu gründen. Die vorgefundenen Waffen sind
lächerlich gering, wenn man bedenkt, daß die Anklage auf
Bildung einer Roten Armee lautet. Sehen Sie sich doch andere
Fälle an. Der Kriegsschleier Cohen in Berlin ist wegen eines
kleinen Ragen-Abels aus der Haft in ein Sanatorium über-
geführt worden. Der Direktor des Edenhotels, der den hungernden
Kindern Berlins Milch entzog, um sie zu Schlaglohn für seine
schleimenden Gäste zu verwenden, wird nach rechtskräftigem Urteil
aus der Haft entlassen. Ebenso Hauptmann Kessel und viele andere.
Daher bitte ich Haftentlassung auszusprechen.

Der Staatsanwalt spricht dagegen. Fluchtverdacht recht-
fertigt sich durch die Höhe der zu erwartenden Strafen. In einem
politischen Prozeß kann von der Besserungstheorie keine Rede sein,
da muß

nach der Abschreckungstheorie

vorgegangen werden. Zu bedenken ist, wie aus einer Urkunde her-
vorgeht, daß Angehörige der Roten Armee der Schweiz epflicht
in der Untersuchung unterliegen. Das vollkommene Geständnis des
Angeklagten Harbich und das teilweise Geständnis des Angeklagten
Schroer könnten durch Haftentlassung entwertet werden. Auf
Grund dieser Aussagen liegt dringender Tatverdacht vor. Die Pro-
zesse Birndörfer, Kessel, Karlob usw. können doch nicht herangezogen
werden, denn wir kennen sie doch nur aus den Zeitungen. (1)

Das Gericht beschließt, wegen Fluchtverdacht und Tatverdacht
den Antrag auf Haftentlassung abzulehnen.

Der Vorsitzende will sich sodann von jedem Angeklagten ein
Bild seiner geistigen Fähigkeiten verschaffen, indem er
jeden seinen Lebenslauf und die

Entwicklung seiner politischen Heberzeugung

erzählen läßt. Die sieben Angeklagten werden nach der Schwere
ihrer Belastung nacheinander vernommen. Der Bergmann Friedrich
Harbich, der meist bestraft ist, stammt aus Nürtingen-Sternberg,
ist also Ausländer. Er, wie die meisten anderen Angeklagten, ist
nur wenig über die zwanzig hinaus. Ein wechselndes
Bild entrollt sich bei der Erzählung der Angeklagten. Max Kling-

müller ist Gartenarchitekt. Er hat aus Geldmangel das Mittel-
schulstudium unterbrechen müssen. Der Lehrer Wilhelm Zeißer
war im Kriege deutscher Offizier und hat das Eisene Kreuz
2. Klasse erhalten. Professor Elybachers Buch über „Deutschland
und den Bolschewismus“ hat ihn der K. P. D. zugeführt. Sie ist
die erste Partei, der er angehört. Katholisch erzogen, der Kontroll-
gehilfe Lehagen von seiner freudlosen Jugend. Der Vater ist als
Schweralkoholiker gestorben, der Junge gelangte auf dem
Wege über den katholischen Jünglingsverein 1913 in die Arbeiter-
jugend. Auch er kann wegen Geldmangel nicht studieren. Nach
dem Kriege hat er sich dem Spartakusbund angeschlossen. Der
Expedient Heinrich Harbich, der wegen eines Iahmen Fußes
militärfrei hätte sein sollen, erzählt, wie er

trotz seines Gebrechens eingezogen

wurde, weil er mit der Betriebsleitung als Vertrauensmann zu-
sammenhängte hatte. Schon vor dem Kriege sei er wegen seiner
politischen Betätigung in der Sozialdemokratie von Betrieb zu
Betrieb gehetzt worden. Einmal habe man ihn am Tage vor
seiner Hochzeit entlassen. Der 1871 geborene Kontrolleur
Küster ist das Kind eines Kriegskrüppels von 1866.
Der Vater hatte auf beiden der Hannoveraner gekämpft und erhielt
deshalb, als ihm beide Beine abgehauen worden, keine Rente. So
habe der Angeklagte schon als Kind das Elend des Krieges kennen
gelernt; er habe eine äußerst bittere Jugend durchgemacht. Die
K. P. D. habe er verlassen, weil sie am 4. August die Kriegskredite
bewilligte. Schließlich sei er dem Spartakusbund beigetreten.

Rechtsanwalt Dr. Seel beantragt, den in Kassel anwesenden
Kommunistenführer

Dr. Paul Levi als Zeugen

darüber zu vernehmen, ob die K. P. D. eine Rote Armee organisiere.
Der Staatsanwalt widerspricht. Dr. Levi könne erst vernommen
werden, sobald das gelante Material dem Gericht bekannt sei. Das
Gericht schließt sich der Auffassung des Staatsanwalts an. Darauf
wird Harbich über das bei ihm vorgefundene Material ver-
nommen. Er gibt an, wir wollten uns bloß

für den Fall eines Putschs von rechts

sichern. In unseren Konferenzen haben wir niemals besprochen,
angreifend vorzugehen, ohne daß ein Rechtsputsch vorher-
gegangen wäre. Der Vorsitzende verliest einen Plan der Zentral-
oberleitung für den westdeutschen Bezirk, in dem als Leiter der
Organisation der Angeklagte Klingmüller, als Leiter des
Operationsbureaus die Angeklagten Schroer und Lehrer Zeißer
eingetragen sind. Der Angeklagte Harbich gibt nur vagernd
angeht mangelhaft Aufklärung im Gegensatz zu seinem vollen Ge-
ständnis bei der Verurteilung. Auf die Frage des Vorsitzenden,
wer ihn veranlaßt habe, die Unterbezirksleitung Dertmund zu über-
nehmen, erklärt Harbich nach längerem Zögern: Der Parteivorstand über-
trug mir diese Aufgabe. Ein zweites der von Harbich selbst ge-
schriebenen Dokumente spricht von

bewaffneten Stofftrupps

und zuverlässigen Reserven mit Aufzählung der Stärke. Es sind zu-
sammen 2700 Mann gewesen. Die Bewaffnung ist genau angegeben.
Der Angeklagte Harbich erklärt: Das beziehe sich nur zum Teil
auf die Arbeiter. Gerade die Notizen über die Bewaffnung bezögen
sich auf die zu bekämpfende Orgeß. Darauf wird ein Brief ver-
lesen mit Datum vom Dezember, in dem Harbich aufgefordert wird
zu melden, ob er mit der Konstituierung der Unter-
bezirke fertig sei, weiter ob Karten vorhanden seien und ob er
für Verbindung mit Post und Eisenbahn gesorgt habe.

Das Urteil im Röhener Prozeß.

Deßau, 16. Februar. Im vierten Röhener Kommunistenprozeß
wurde heute das Urteil gesprochen. Das Gericht verurteilte sämt-
liche 25 Angeklagten zu Gefängnisstrafen von 14 Tagen bis zu
3 Monaten. — Der Staatsanwalt hatte für die jugendlichen
Angeklagten Freisprechung beantragt. — Jugendliche Kom-
munisten sind sich natürlich über ihr Treiben klar. Nicht klar ist sich
nur der Waldenburger Orgeß-Leutnant Müller!

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Die Bekanntgabe der Wahlbureau erfolgt in der Sonn-
abendnummer des „Vorwärts“. Diejenigen Abteilungen, die
noch keine Angaben gemacht haben, werden ersucht, dies um-
gehend telephonisch nachzuholen. Amt Hanja 1425.

Der Bezirksvorstand.

Heute, Donnerstag, den 17. Februar:

12. Ubr. abends 7 1/2 Uhr bei Schwanz, Blumenfelder Str. 10, Sitzung sämt-
licher Funktionäre und Wahlleiter.

11. Ubr. abends 7 1/2 Uhr bei Goldschmidt, Stolpische Str. 24, Sitzung sämt-
licher Funktionäre und Wahlleiter.

10. Ubr. (Wilmersdorf) abends 7 1/2 Uhr bei Hofst. Brandenburgerische Str. 75,
Mitgliederversammlung, Einleitung der Wahlarbeit.

9. Ubr. (Wilmersdorf) abends 7 1/2 Uhr bei Schramm, Hohenzollernhamm 2,
Mitgliederversammlung, Einleitung der Wahlarbeit.

8. Ubr. (Wilmersdorf) abends 7 1/2 Uhr bei Robt. Kaiser-Allee, Mitglieder-
versammlung. Referent: Hanna Riefstahl. Gäste willkommen.

7. Ubr. (Neudö) abends 8 Uhr bei Schulz, Emsler Str. 102, Funktionä-
rsversammlung. Referent: Genoff Horrer Biele.

6. Ubr. (Neudö) abends 8 Uhr im Restaurant von Pod-
bielitz, Reichelstr. 2, Zusammenkunft. Thema: „Die Wahlhilfe am 20. Februar.“

Morgen, Freitag, den 18. Februar:

12. Ubr. abends 10 Uhr Reichstrupp! Treffpunkt bei Krause, Marten-
platz 22.

11. Ubr. (Neudö) abends 10 Uhr im „Witten Feig“
in der Zimmerstraße. Referent: Staatssekretär Heinrich Schulz. — In
dieser Versammlung soll außerdem der Milionenbericht der Stadt Potsdam
durch den Parteivorstand besprochen werden.

10. Ubr. (Neudö) abends 10 Uhr im Bahnhofshotel, Mitglieder-
versammlung.

Filmschau.

Kiffen von Juchelmas Lebensdrama. Dieser interessante Roman von
Gans Band wurde am Dienstagabend in den U.-L.-Lichtspielen, Potsdamer
Straße 108, verfilmt aufgeführt. Daß der Film auf das Kinopublikum eine
ungeheure Zugkraft ausübte, bezieht der starke Andrang zu beiden Vor-
stellungen. An der Darstellung beteiligten sich Bruno Kastner in der Haupt-
rolle, dann Weize, Frey und Frieda Richard mit gutem Erfolg. Daß das
Drama gerade ein geeignetes Objekt für den Film war, kann man, wenn
man die Vorführung ihrer geschmackvollen Szenen entleidet, nicht gerade
sagen.

Soziales.

Wöchnerinnenzuschuß und Reichswirtschaftsrat.

Dem sozialpolitischen Ausschuß des Reichswirt-
schaftsrats lag, wie den P.P.L. mitgeteilt wird, in seiner
Tagung am 7. Februar ein Gesetzentwurf des Reichsarbeitsmini-
steriums über die Ratifikation der von der allgemeinen
Konferenz der Internationalen Arbeiterorganisation in Washington
am 28. November 1919 beschlossenen Übereinkommen über Arbeiter-
schutzbestimmungen vor. Es handelte sich um die Regelung des
Schutzes für Wöchnerinnen, der Arbeitseigelt auf acht
Stunden täglich und 48 Stunden wöchentlich und der gemäßigten
Nachtarbeit für Jugendliche. Die Vor schläge hielten von großen
Teil hinter dem zurück, was durch die deutsche Gesetzgebung längst
verwirklicht ist, und gehen nur beim Wöchnerinnenzuschuß insofern
darüber hinaus, als sie eine Unterstüßung für 12 Wochen ver-
langen, das Beschäftigungsverbot auf das Handelsgewerbe aus-

dehnen und die Arbeitsniederlegung schon 6 Wochen vor der Nieder-
kunft ermöglichen.

Obgen diese Ausdehnung äußerten die Regierungsvertreter
schwere Bedenken aus finanziellen Gründen. Eine solche
Wehrbelastung sei zurzeit weder von den Krankenkassen noch vom
Reich, auf das die Hälfte der Aufwendung für Familienwochenhilfe
entfiele, zu tragen. Sie empfahlen daher den Nichtbeitritt zum dem
Übereinkommen.

Der Vorsitzende Umbreit vertrat als Berichterstatter dagegen
die Ansicht, daß solche Bedenken bei einer Ratifikation vor so
hohem bevölkerungspolitischen Wert zurückgestellt werden müßten.

Der Gegenberichterstatter Herr Dr. Ing. Kiepert trat zwar
gleichfalls für den Ausbau der sozialen Gesetzgebung ein, glaubte
aber die finanziellen Bedenken um so mehr teilen zu müssen, als
eine Ratifikation des Übereinkommens eine einseitige Bindung
Deutschlands auf 10 Jahre bedeute. Die Notwendigkeit einer
Klärung des durch die Ratifikation entstehenden Geldbedarfs und
seiner Deckung wurde von Dr. Thissen besonders betont und ver-
hindert ihn, seine Stimme dem von Arbeitnehmerseite unterstützten
und mit Mehrheit angenommenen Antrag Umbreit zu geben, der
der Reichsregierung die Ratifikation empfiehlt unter Ausdruck der
Erwartung, daß auch die anderen Länder das tun werden. Gegen
diesen Antrag stimmten die Arbeitgeber aus den von Dr. Kiepert
angeführten Gründen.

Daselbe Bild ergab sich auch für die beiden anderen Punkte
über Festsetzung der Arbeitszeit und Nachtarbeit der Jugendlichen.
Es wurde darauf beschlossen, die Vorlage dem Plenum zu über-
weisen. Auf Antrag Bedmann hin wird ferner die Reichsregierung
ersucht werden, baldigst eine Vorlage für die Deckung der Kosten
zu machen, die aus der Ausdehnung der Wöchnerinnenfürsorge ent-
stehen würden.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbund der Kriegsgeschädigten usw. Bezirk 3 (Lüder). Montag, den
22. Februar, abends 8 Uhr, Bezirksversammlung, Falter Str. 176, Referent:
Kamerad Lorenz. — Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgelangener. Bezirks-
gruppe Schw.-W. Donnerstag, den 17. Februar, abends 7 1/2 Uhr, Versammlung
mit gemütlichem Beisammeln, Blücherstr. 61. — Deutscher
Festabend-Beizerverband, E. H., St. h. Münden, Bezirksverein Berlin. Seite
8 Uhr, Deutscher Festabendversammlung, Restaurant „Rat Herzog“, Belle-
Alliance-Str. 106, Kassenloß Beizernormung von Valentineren. Vortrag Herr
Rechtsanwalt Dipl.-Ing. A. Berger: „Das neue Patentrecht und die Erfinden.“

Sport.

Internationales Schwimmsport. Wie alljährlich, so eröffnet der Berliner
Schwimm-Club auch in diesem Jahr mit dem internationalen Schwimms-
fest am 5. und 6. März in der Badeanstalt an der Göttingerstraße seine
jährliche Schwimmsport. Die Ausschreibung dazu enthält 36 Spa-
kurrennen. Für I. und II. Senioren, Jugendschwimmer und Damen sind
wertvolle Wanderpreise ausgesetzt; u. a. seien erwähnt die Wanderpreise des
Deutschen Schwimmverbandes, des Aufstufungsausschusses und des Deutschen
Reichsausschusses für olympische Spiele. Anmeldungen zur Teilnahme sind
zu richten an Herrn Jarmöble, Berlin-Steglitz, Albrechtstr. 102. Melde-
schluß ist Donnerstag, den 17. Februar, mittags 12 Uhr. Die Bekanntgabe
der Meldungen findet an demselben Tage, abends 9 Uhr, im Restaurant
Krause, Berlin, Köpenicker Str. 174 statt.

Geschäftliche Mitteilungen.

Gebeils Durchschnittsberechnungen und Korrekturen mit zuckersüßen Melon in den
letzigen gewöhnlichen Zeit einen verhältnismäßig preiswerten Gemüsesatz. Die
Qualität der besten Gemüsesorten ist insbesondere mit den von der Kriegszeit
in unangenehmer Erinnerung gebliebenen Kriegsgemüsesorten (Wasserkü-
bisch) zu vergleichen. (Eigene Ernte.)

Wirtschaft

Die Erhöhung der Zigarettensteuer.

Der Finanzpolitische Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrats beschäftigte sich mit der Frage einer Erhöhung der Zigarettensteuer. Die Regierung beabsichtigt bekanntlich, vom 1. April ab die Ermäßigung der Steuer aus dem Tabaksteuergesetz vom 12. September 1919, die in voller Höhe aus Rücksicht auf die Salina und Weltmarktsverhältnisse nie in Kraft getreten sind, von 50 auf nur 30 Proz. herabzusetzen. Die Interessenten, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, haben sich gegen diese Steuererhöhung ausgesprochen, weil sie die deutsche Industrie gegenüber der legitimen und illegitimen Einfuhr konkurrenzunfähig mache und Arbeitsinstellungen zur Folge haben müsse. Es wurden teilweise recht hohe Ziffern für den Schmelzverlust angegeben. Außerdem aber wünschten die Interessenten eine Durchkoppelung der Steuererhöhung bis zum Mindestsatz von 41 R., während zurzeit ein Mindestsatz von 87 M. gilt. Durch die Festsetzung dieses Mindestsatzes ist eine billige Zigarette prozentual höher besteuert (20-Pf.-Zigarette mit 43,5 Proz.) als eine teurere. Die Sachverständigen legten dar, daß die Folge der Steuererhöhung — auch wenn sie für die einzelne Zigarette nur einen Pfennig betrage — eine Preissteigerung bis zum nächst höheren Staffelsatz, also mindestens 10 Pf. und mehr bedinge. Der Vertreter des Reichsfinanzministeriums behauptete, daß die Zigarettensteuer ein wichtiges Mittel zur Bekämpfung der Inflation sei. Er erklärte, daß die Zigarettensteuer heute niedriger sei als bei Eintritt der 50 Proz. Ermäßigung, ferner dafür, daß die Industrie ihre Produktionskosten erreicht und sogar etwas überschritten hat. 1913 wurden 12,9 Milliarden, 1920 etwa 16—17 Milliarden Zigaretten veräußert. Die für den Schmuggel angegebenen Zahlen seien viel zu hoch. Eine Festlegung der Steuer auf zwei Jahre sei nicht angängig, da mit einem weiteren Wegfall der Ermäßigung gerechnet werde. In der Beratung kam zum Ausdruck, daß die Verhältnisse in Bezug auf unsere Salina und die Weltmarktpreise für Tabak sich so verändert haben, daß eine Erhöhung der Steuer durch Wegfall eines Teiles der Ermäßigung gerechtfertigt erscheint. Die übermäßig notwendige Erhöhung der Besteuerung könne ummäßig vor der Zigarette halt machen. Soziale Gesichtspunkte könnten dagegen deshalb nicht geltend gemacht werden, weil die Zahl der Arbeiter in der Zigarettenindustrie sich seit der Kriegszeit erhöht hat. Jede Beschränkung der Zigarettenindustrie zieht außerdem die Zigarettenindustrie in Mitleidenschaft, in der die Zahl der beschäftigten Arbeitskräfte gesunken ist.

Der Antrag der Interessenten wurde aus diesen Gründen einstimmig abgelehnt. Einstimmig angenommen wurde ferner ein Antrag Bernhardt: Der Wirtschaftspolitische Ausschuss wolle gemeinsam mit dem Finanzpolitischen beschließen, den § 45 des Tabaksteuergesetzes dahin zu ändern, daß der versteuerte Bandrolenpreis nicht länger Minimalpreis für den Verkauf von Zigaretten und Zigaretten bleibt.

Die Prägung von Halbmarkstücken.

Dann trat der Ausschuss in die Verhandlung eines Antrages Reichsbankrat ein, der die Regierung ersuchte, die Prägung von Halbmarkstücken aus Aluminium in einem Umfang vorzunehmen, der das Einziehen der Gemeindefinanzkassen ermöglicht. Dieser Antrag wurde zurückgezogen, nachdem Regierungsrat Dr. Schippel und Reichsbankdirektor Pohl dazu die Zustimmung gegeben hatten, daß die Münzen mit Tag- und Nachtschichten arbeiten und ständig vergrößert und vervollständigt werden; entgeltliche Abhilfe sei naturgemäß erst beim Eintritt ruhiger Zeiten zu erwarten, weil dann das Hamstern aufhöre. Die Aluminiumindustrie werde nach Kräften unterstützt.

Die Beratungen des Reichskohlenrates verlag.

Wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ hört, ist die auf den 23. d. M. angelegte Tagung des Reichskohlenrates und Ausschusses des Reichskohlenrates und die auf den 24. d. M. angelegte Vollversammlung des Reichskohlenrates, die sich beide mit der Erörterung der Kohlenpreispolitik des Reichskabinetts beschäftigen sollten, auf unbestimmte Zeit vertagt worden.

Erhöhung der Gütertarife um 65 Proz. Der Sachverständigenbeirat beim Reichsverkehrsministerium sprach sich in seiner Sitzung für eine Erhöhung der Gütertarife um 65 Proz. aus. Zur Begründung der Erhöhung der Gütertarife bemerkt Staatssekretär Stieler, daß die Sparmassnahmen der Reichseisenbahnverwaltung nicht ausreichen, um das auch im Jahre 1921 zu erwartende Defizit von 14 Milliarden zu decken. Man rechne bei persönlichen Ausgaben mit einer weiteren Verringerung des Personals, bei der die Lage des allgemeinen Arbeitsmarktes indes nicht außer acht gelassen werden dürfe. Von einem Abbau der Löhne und Gehälter könne nach der Preislage des notwendigen Lebensbedarfs und der Lohnpolitik der Industrien nicht die Rede sein.

Der Sachverständigenbeirat hielt es für ratsam, die Tarif-erhöhung in Anbetracht der Unmöglichkeit der wirtschaftlichen Entwicklung auf ein Jahr zu beschränken. Zugunsten Ökonomie und der Abnahme sowie der Dünge- und Düngemitteltransporte wurden Ermäßigungen befristet. — Es ist selbstverständlich, daß die Tarif-erhöhung auch die Kosten der Bedarfsartikel und damit die Lebenshaltungskosten im allgemeinen steigern wird.

Ein Schiffschiffkanal zwischen Rheim und Elm. Die 29. Hauptversammlung des Deutschen Kanalvereins sprach sich für den Ausbau der oberen Donau als Schiffschiffkanal zwischen Rheim und Elm aus. Ferner trat sie dafür ein, daß die Führung des oberen Donauschiffkanals über das sogenannte Maindreieck bei Rhipingen einer nochmaligen Prüfung unterzogen werde.

Beendigung der Heeresabwicklung. Die Abwicklung der alten Wehrmacht wird am 31. März 1921 beendet; die Abwicklungsbehörden werden zu diesem Zeitpunkt aufgelöst. Dies zwingt dazu, die Abwicklungsbehörden von allem Unnöthigen zu entlasten und alle Kräfte auf die wichtigsten Restaufgaben zu beschränken. Es bleiben deshalb Anträge, Gesuche, Beschwerden und Eingaben bei vorangehenden Dienststellen (Heeresabwicklungsämtern, Marineabwicklungsamt, Heeresabwicklungs-Hauptamt, Reichsabwicklungsamt und Reichsfinanzministerium) unbeantwortet. Ebenso ist Anweisung gegeben, daß die höchst störenden persönlichen Bemühungen und Besuche von den Chefs der Abwicklungsbehörden zurückgewiesen werden.

Ware gegen Ware. Zwischen tschechoslowakischen und englischen Textilinteressen ist ein Abkommen getroffen worden, das den unmittelbaren internationalen Warenverkehr auf dem Textilgebiete zu fördern oceanet ist. Unter Führung einer Berliner Firma hat die „Konfektionär“ erfährt, der Londoner Anwalt Oppenheimer, Präsident zweier englischer Textilindustrien, zwei Konzerne gegründet mit dem Zweck, im Wege des Handelsverkehrs Baumwoll- und Seidenwaren nach der Tschechoslowakei auszuführen und die fertigen Erzeugnisse durch eigene große Verkehrsorganisationen an England und seine Kolonien zu liefern. Den beiden Londoner Firmen haben sich bereits 20 bedeutende tschechische Textilunternehmen angeschlossen. Das von englischen Banken und Baumwollfirmen bereitgestellte Kapital beträgt annähernd 1 Million Pfund Sterling.

Schwedens Handelsbilanz. Der Wert der schwedischen Ausfuhr im Jahre 1920 wird einer Stockholmer Meldung des WZV zufolge nach den vorläufigen Ermittlungen auf 2204 Mill. Kronen und derjenige der Einfuhr auf 3373 Mill. Kronen geschätzt. Die entsprechenden Zahlen für das Jahr 1919 waren 1576 Mill. bzw. 2284 Mill. Kronen. Die schwedische Handelsbilanz ist danach im letzten Jahre stark passiv, während noch im Vorjahr ein bedeutender Anfuhrüberschuss erzielt werden konnte.

Aus der Partei.

J.C.V.-Vorstand gegen Moskau. Die Leitung der Unabhängigen Arbeiterpartei Großbritanniens hat auf die Tagesordnung der Konferenz, die Ende März stattfinden soll, auch die Entscheidung der 3. Internationale auf einen von der Unabhängigen Arbeiterpartei ihm zugestellten Fragebogen die Partei die 21 Moskauer Bedingungen nicht annehmen könne. Trotzdem anerkannt werde, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen in Rußland nur eine Regierung möglich ist, wie die letzte bolschewistische, wird der Gedanke, in England russische Methoden anzuwenden, abgelehnt.

Abstimmung in Rumänien. Die Landesversammlung der rumänischen Sozialisten hat den Eintritt in die Dritte Internationale abgelehnt und beschloß, die Frage einer allgemeinen Abstimmung des Proletariats zu überlassen; es wird mit der Ablehnung der Bedingungen Lenins sicher gerechnet.

Jugendveranstaltungen.

Bereich Arbeiter-Jugend Groß-Berlin. Sekretariat: RM. 40, In den Felten 22. Donnerstag, den 17. Februar.

Centraljugendheim: Lindenstr. 3, 2. Hof 2. Et. Die Unabhängige Jugendbewegung. — Schiedsamt: Helmoltzstr. Die Arbeiterjugend und ihre Gegner. — Reichsbund: West: Eichhornstr. 60. Öffentlicher Unterhaltungsabend mit besonderem Programm. — Schönhauser Markt 1: Sonnenburger Str. 60. Vortrag: August Bebel.

Aus aller Welt.

Eine neue Hilfsaktion des amerikanischen Roten Kreuzes.

Das amerikanische Rote Kreuz, dessen Hauptzweck augenblicklich in Europa die Ernährung der Kinder ist, hat, wie A.P.S. melden, ungefähr 20 Stationen eingerichtet, die meisten in Polen, und beabsichtigt sie in nächster Zeit bedeutend zu vermehren. Es sieht für die Einrichtung dieser Stationen und ihren Unterhalt zunächst 5 000 000 Dollar zur Verfügung. Jeder Station soll wenigstens ein Arzt, drei ausgebildete Schwestern, ein Pfleger, ein Chauffeur und nötigenfalls ein Weislicher beigegeben werden. Die Stationen werden den verschiedenen Bedürfnissen der einzelnen Länder entsprechend ausgestattet, das zurzeit in Europa weitende Rote-Kreuz-Personal durch amerikanische Helfer verstärkt werden.

Doppelmord im Auto. In dem geheimnisvollen Mord auf der Staatsstraße Röhren-Weißheim wird gemeldet, daß die beiden im Automobil ermordeten Personen als der Wiesautobesitzer Michael Bauer aus Wänden und der Chauffeur Lorena Tark festgesetzt werden konnten. Der Verdacht richtet sich gegen drei jüngere Personen, die der Autobesitzer Bauer von Wänden nach Garmisch haben mußte. Eine letzte Meldung sagt, daß Bauer etwa 1500 M. bei sich gehabt haben soll. 300 M. und die goldene Uhr wurden noch gefunden.

Von der Schneefalle schwer abgelenkt ist der Arzt Dr. Bloch aus Trautau. Er fiel beim Abstieg 200 Meter tief in den Neizergrund. Mit gebrochenen Rippen und erfrorzten Füßen wurde der Verunglückte geborgen.

Gewitterstürme. Aus Cadix (Spanien) wird gemeldet, auf einer vierzig Kilometer breiten Strecke haben Gewitterstürme bedeutenden Schaden verursacht. Mehrere Flüsse sind über das Ufer getreten und haben eine Anzahl von Orten überschwemmt. Zahlreiche Häuser sind eingestürzt. Hunderte Stück Vieh ertranken. Die Verbindungen sind unterbrochen, auch der Drahtverkehr.

TRADITION



Die neue PROBLEM Zigarette!

Berliner Kranken-Unterstützungs- und Begräbnis-Verein für Frauen und Mädchen
Am 14. Februar verstarb nach längerem Leiden unser langjähriger Kassierer
Ernst Gerlach
Während der 26-jährigen Tätigkeit im Verein hat er demselben seine ganze Kraft gewidmet. Sein Dahinscheiden ist für den Verein ein schwerer Verlust.
Ehre seinem Andenken!
Die Einschreibung findet Sonnabend, den 19. Februar, nachmittags 3/4 Uhr, im Krematorium, Gerichtstr., statt.
Der Vorstand.

Ortskrankenkasse der Klempner zu Berlin
Am Sonntag, den 12. Februar, verstarb plötzlich an Gehirnschlag unser Angestellter, Herr
Gustav Haller
im 71. Lebensjahre.
Wir verlieren in demselben einen Angestellten, welcher in 35-jähriger Diensttätigkeit den Beweis der vollsten Pfllichterfüllung erbracht hat und werden sein Andenken stets in Ehren halten.
Der Vorstand 152/15
der Ortskrankenkasse der Klempner zu Berlin

Am Sonntag, den 13. Februar, verstarb plötzlich unser Kollege
Gustav Haller
Er war uns nicht nur ein guter Kollege, sondern er war auch allen ein lieber Freund im wahren Sinne. Stets hilfsbereit, jedem freundlich gesinnt, waren seine Lebensanschauungen. Wir werden ihm ein dauerndes, ehrendes Andenken bewahren.
Die Einschreibung findet am Freitag, den 18. Februar, abends 6/4 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße 37/38 statt.
Die Angestellten 112/16
der Ortskrankenkasse der Klempner zu Berlin

Als weiteres Opfer des Explosionsunglücks vom 27. Januar 1921 verstarb an den Folgen der erlittenen Verletzungen am 6. Februar 1921 der Schlosser
Hermann Pietzker
Tief bewegt betrauern wir den jähen Tod auch dieses in treuer Pfllichterfüllung im Dienste Dahingegangenen und halten sein Andenken in Ehren.
Deutsche Werke, Aktiengesellschaft
Werk Spandau, Abteilung Maschinenfabrik
Die Direktion. 108D

Spezial-Arzt Dr. Stotte für alle Geschlechts-krankheiten, Ausschlag, Wundrose, Syphilis, Radiesen in alten u. weichen Haut. Separates Damenzimmer.
Dir.: A. Löser sen. In allen Aus- und Einleitungsfragen.
Nur Rosenthalerstr. 69-70
Rosenthaler Platz.

Arbeiter-Wäsche
zu Fabrikpreisen
Frauen-Unterröcke, Hosen farbig 15 bis 23 M.
" " " weiß 20 bis 25 M.
für Kinder 12 bis 15 M.
mit Spitzen von 3 bis 5 M. Ausschlag.
Einzelne Männer-Hemden 25 M.
beste Verarbeitung, keine Reibung, solange der Bedarf reicht.
Herbert Epstein, Charlottenburg I
Tauentzienstr. 9, Portal 1, 2 Tr., am Dönhofsplatz.
Schneerbindung: Sime 5, 8, 10, 18, 24, 154.

Aerztl. Heilanstalt vorm. Dr. Dammann
Spezial-Behandlung für alle Geschlechtskrankheiten nach langjährig bewährtem Verfahren.
Berlin W 300, Potsdamer Str. 128 B.
Sprechstunden 9-11, 2-4, Sonntag: 10-11.
Bei Angabe des Leidens wird befreiende Broschüre diskret verschlossen ohne Absender gegen 1 M. zugew.

5 Tage zur Probe
mit Koksanzugrecht bei Nichtgefallen und gegen bequeme Teilzahlungen
letzte im Sprengapparat
all. Art zu Orig. Fabrikpreis
Walter H. Gartz, Berlin S 42.
Verlangen Sie gratis und frei meine illust. P. e. 112/125 oder besuchen Sie meine Vorführungsäume Alexandrinerstr. 97, von 9 bis 6.

Ankauf Verkauf
Perlen Juwelen
Zur großen Überlager
Margraf & Co. 12
Kanonenstrasse 9
Taubentempelstrasse 18 a.

Metallankaufsstelle
Osten, Grüner Weg 80
zahlt Tagespreise für
Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.
Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.
Gebr. Fuhrmann
Nollendorferstr. 39.
Sämtliche Altmetalle
sowie Abfallstoffe auch von 5 Kindern.
Gebr. Wollmann, Köpenicker Str. 21 (Königsplatz 2050.)

Neu! Gartenland-Parzellen
zur Gemarkung, Kapitalanlage, auch zur Bebauung vorzüglich geeignet, sehr bequem erreichbar, von
85 M. an die 1000.
Kauf und Sonntag.
Kiebitzweg, Köpenicker Str. 47, am Stralauer Platz, Köpenick.
S. Joseph, Wilm. Weg 11/12.

Französischer Prunier, Derby Pelisson
Cognac
Deutscher Weinbrand 1/1 Fl. 46.50
Weinbrand-Verschnitt 1/1 Fl. 43.—
Flaschenpfand M. 1.— extra. — Versand auch in Ball. u. Fäss.
Für Wiederverkäufer besondere Preisliste.
Engers Bergstr. 34, Nord. 8214, Potsd. Str. 54, Hal rechts
Gontard 6, Invalid. 164 u. in d. all. Waisenb., Friedr.-Str. 11
Gr. Frankf. 112, Sobhan, Al. 178, Brunnenstr. 174, Eck: Lv.

Tuchfabrik-Niederlage
von H. Lamprecht, Berlin-Tempelhof, Dönhofsstr. 17, verkauft Damen-, Herrenstoffe in Fabrikpreisen an Privat.
Spezial-Institut für Heilmagnetismus
für hoffnungslose Kranke
Dir. Martin Schulz, 25 Jahre, Erl.
Kaiserstr. 38 (Alexanderpl.) 11-12 und 5-7

Kupfer, Rotguß, Messing usw.
Kauft zu den höchsten Tagespreisen
Buckower Str. 12, Ecke Ost-
Soll 70 Jahren
ist Sen.-Rat Haussalbe
Dr. Strauß
Hautauschlag, Flechten, Balm- u. Krampholzwunden, Frostschäden, Hämorrhoiden ein bewährtes und schnellheilendes Mittel.
Org.-Dose 6.25 u. 12.00 M.
Elektro-Apothek, Berlin SW. 112
Leipziger Str. 74
Dönhofspl.

Zähne von 5 M. an
Hempele, Dentist, Lindenstraße 220, nahe Schönl. Tor.

Schützt die Republik! Wählt S.P.D.

Simons in Karlsruhe.

Ueber die Karlsruher Rede des Ministers Dr. Simons verbreitet W.B. einen längeren Bericht, dem wir zur Ergänzung unserer Meldung im gestrigen Abendblatt noch einiges entnehmen. Der Minister sagte u. a.:

Es ist möglich, es ist sogar wahrscheinlich, daß die Bonboner Konferenz in ihren ersten Versuchen kein Ergebnis der Verständigung haben wird. Es wird außerordentlich schwer sein, sich in London über die neuen Methoden zu einigen. Eine peinliche Lücke des Friedensvertrages ist, daß man dem deutschen Volke nicht gesagt hat, was man eigentlich von ihm verlangt, und wenn man uns jetzt Vorwürfe macht, daß wir nicht selbst Vorschläge gemacht haben, so müssen wir erwidern, daß die Unsicherheit bei uns zu groß gewesen ist, um Vorschläge machen zu können. Wenn wir jetzt Vorschläge machen, so könnten wir sie nur aus unserer Unsicherheit heraus machen. Der Minister hob sodann die Unversehrtheit der Reichsverfassung hervor und meinte: Solange wir die Reichsverfassung haben, solange wollen wir sie auch verteidigen gegen den Angriff von innen und außen. Die Pariser Beschlüsse würden in ihren Folgen eine Unversehrtheit der deutschen Reichsverfassung nicht gewähren. Dagegen müßten wir uns wehren. Die Pariser Beschlüsse liefen hinaus auf einen Zusammenbruch alles dessen, was sich das deutsche Volk auf geistigem und wirtschaftlichem Gebiet erlaubt habe. Wenn wir die Pariser Beschlüsse nicht annehmen, so treten die Sanktionen in Kraft, die ebenfalls hinausgehen auf eine Trennung des Deutschen Reiches.

Nach Simons sprachen verschiedene Vertreter der Parteien, darunter Gen. Schöpplin, der den Wiedergutmachungswillen des deutschen Volkes betonte, aber die Pariser Beschlüsse aufs schärfste ablehnte.

Was aber die „Sanktionen“ betrifft, von denen Simons annimmt, daß sie nach der Ablehnung der Pariser Beschlüsse in Kraft treten werden, so kann nicht oft genug wiederholt werden, daß die Befehung neuen deutschen Gebiets oder die Errichtung einer inneren Zollgrenze vertragswidrig sind, und daß auch die vertragsmäßigen „Sanktionen“ (Verlängerung der Besetzungsdauer und Fernhaltung vom Böhmerland) laut Vertrag nicht früher in Kraft treten können, als bis die Reparationskommission Deutschland Verpflichtungen auferlegt hat, die zu erfüllen es sich weigert. Solange die Reparationskommission nicht entschieden hat, wären alle „Sanktionen“ vertragswidrig.

Lloyd Georges Rede.

London, 16. Februar. (Holländisch Neuwisbureau.) Aus der gestrigen Rede Lloyd Georges im Unterhause sind noch folgende Stellen erwähnenswert:

Der Premierminister erklärte, daß ihm von den deutschen Gegenvorschlägen nichts bekannt sei. Er glaube nur, daß jetzt Vorschläge formuliert würden und daß die Finanzsachverständigen der deutschen Regierung die in Paris gemachten Vorschläge in ernsthafter Erwägung gezogen haben mit dem tatsächlichen Wunsch, kräftige Maßnahmen zur Liquidierung der deutschen Verpflichtungen zu treffen. Wiederholt habe er, so führte er aus, das Unterhaus an die wichtige Bestimmung des Versailler Abkommens erinnert, welche die Großmächte instand setze, Vorschläge zur Regelung der deutschen Wiedergutmachung entgegenzunehmen, und zwar auch die Lösung durch Zahlung eines festen Betrages. Hierdurch würde sogar noch die Prozedur der Untersuchung und Beratung einzelner Ansprüche vermieden werden. Auch zwischen den Pariser Vorschlägen und den früheren Entwürfen bestehe ein tatsächlicher Unterschied, besonders in den vorgeschlagenen Annuitäten, welche jetzt im engen Zusammenhang mit dem Wiederaufblühen des deutschen Exporthandels gebracht worden sind.

Im Oberhaus hat bekanntlich Lord Curzon die Debatte über die Thronrede eingeleitet. Er führte, wie jetzt bekannt wird, noch folgendes aus: Zunächst beglückwünschte er Polen zu seinen Versuchen, den Wiederaufbau zu beginnen, und meinte, daß auch in Rumänien allmählich Ruhe eintreten werde. Die rumänische Politik scheine sich nach Polen zu orientieren, und beide Staaten könnten einen festen Wall in Osteuropa gegen die revolutionäre Gefahr bilden. In Rußland herrsche noch immer eine traurige Lage, aber jedenfalls seien die internen Kriege zu Ende. Die Lage Oesterreichs verursahe noch immer große Sorge für alle, welche an der Zukunft dieses Teils von Europa Interesse haben. Schließlich sagte er zu den bevorstehenden internationalen Konferenzen: Es ist die Hauptaufgabe der Großmächte, die nach immer zusammenwirken, die Bedingungen des Versailler Abkommens auszuführen, und zwar wenn möglich, mit allseitigem Einverständnis. Die ständige Zusammenwirkung der Großmächte und das Zusammenwirken Englands und Frankreichs ist eine Garantie für den europäischen Frieden. Sie hat sich auf der jüngsten Pariser Konferenz klar gezeigt. Zum russisch-englischen Handelsabkommen sagte er, es werde seine erste Sorge sein, falls das Handelsabkommen abgeschlossen werde, alles zu vermeiden, daß die Handelsgeschäfte nicht in feindseligem Sinne geführt werden.

Die Wahl Poincarés.

Paris, 15. Februar. (W.B.) „Le Nouvelle“ bezeichnet die Wahl Poincarés zum Vorsitzenden des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten als bedauerlich und fragt, ob die Kommission denn nicht ihre Rechte hätte wahrnehmen können, ohne den gefährlichsten Mann des Parlaments an die Spitze zu stellen. Ob man es wolle oder nicht, Poincaré sei gegenwärtig die Hoffnung aller Rektionäre und aller Chauvinisten und zwar in dem Maße, daß sogar die treuesten Anhänger der Tagesordnung Trade, also der Sozialdemokraten, die kein Kompromiß mit bürgerlichen Parteien eingehen wollten, nötigenfalls entschlossen seien, gegen ihn den Votum der Linken aufzurufen. Poincaré stehe in dem Augenblick, in dem es notwendig sei, die Bündnisse zu befestigen und den Frieden endgültig sicherzustellen, eine Politik aggressiver Isolierung dar.

London, 16. Februar. (W.B.) Zur Wahl Poincarés erklärt der Pariser Korrespondent des „Daily Chronicle“, es sei kein Geheimnis, daß der ehemalige Präsident der Republik auf der vollständigen Durchführung des Versailler Friedensvertrages bestohe. Der Senatsausschuß teile zweifellos diese Ansichten, da er Poincaré zu seinem Präsidenten erwählte. Poincaré werde eine bedeutende Rolle in der Leitung der auswärtigen Politik Frankreichs spielen, insbesondere in der Entschädigungsfrage. Seine Wahl müsse eine Warnung für Briand bilden, falls dieser von der Bonboner Konferenz zurückkehre, ohne feste Versprechungen Deutschlands, die Forderungen Frankreichs zu befriedigen. Die Regierung Briands würde sofort durch ein Kabinett Poincarés ersetzt werden.

Die Regierungskrise in Schweden.

Stockholm, 16. Februar. (W.B.) Branting hat heute dem König erklärt, er könne nicht die Regierungsbildung übernehmen. Hierauf hat der König den früheren Ministerpräsidenten Admiral Uvöid Lindman beauftragt, die neue Regierung zu bilden.

Inzwischen haben sowohl Admiral Lindman wie auch der frühere liberale Ministerpräsident Eden ebenfalls die Regierungsbildung abgelehnt. Die einzige Lösung erscheint nunmehr ein Beamtenkabinett.

Der Uebergreif im polnischen Korridor.

Berlin, 16. Februar. (W.B.) Durch die Presse gehen Mitteilungen über die im polnischen Korridor erfolgte Beschlagnahme von französischen Beutestücken, die aus Ostpreußen an die deutsche Luftfahrzeug-Übergabekommission Bischofsheim (Hessen) gelandt waren, um gemäß Anforderungsliste Nr. 42 der Interalliierten Kommission an die französische Regierung zurückgegeben zu werden.

Der Vorfall ist den amtlichen Stellen in Berlin erst durch die Mitteilungen eines Königsberger Blattes bekannt geworden. Die Ermittlungen sind im Gange.

Königsberg, 16. Februar. (W.B.) Der Militärbefehlshaber für Bezirk und Behrheitskommando I teilt zur Beschlagnahme von Kriegsmaterialtransporten im Korridor mit, daß angeordnet sei, derartige Transporte nicht mehr auf dem Landwege ins Innere des Reiches zu entsenden.

Deutsch-tschechisches Abkommen.

Berlin, 16. Februar. (W.B.) Die Verhandlungen, die hier seit Ende Januar mit Vertretern der tschechisch-slowakischen Regierung unter Führung des Staatssekretärs im tschechisch-slowakischen Handelsministerium, des außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers Dr. Schuster über die Ausführung des deutsch-tschechisch-slowakischen Wirtschaftsabkommens vom 29. Juni vorigen Jahres stattgefunden haben, sind gestern zum Abschluß gebracht worden. Zur Regelung gelangten gewisse Fragen des beiderseitigen Waren- und Güterverkehrs, insbesondere auf dem Gebiete der Chemikalien, Antriebe, Maschinen und des Holzverkehrs. Die Kohlenmengen, die nach dem Kohlenabkommen beiderseitig auszutauschen sind, wurden um ein Geringes erhöht. Auch wurde eine Verlängerung dieses Abkommens bereits bis Ende Juni in Aussicht genommen. Die Verhandlungen, die gleichzeitig im Reichsfinanzministerium über den Abschluß eines Vertrages zur Vermeidung der Doppelbesteuerung sowie des Rechtshilfs- und der Rechtshilfe in Steuerfällen stattgefunden haben, haben zur Aufstellung eines vorläufigen Entwurfes auf diesen Gebieten geführt. Alle Zweifelsfragen konnten hier allerdings noch nicht endgültig erledigt werden. Der Entwurf wurde daher zunächst beiderseitig als unverbindlich erklärt. Nach dem Gange der Verhandlungen steht aber zu erwarten, daß in naher Zeit der endgültige Vertragsabschluß auch hier erfolgen wird.

Spaltung der rumänischen Sozialisten.

Bukarest, 16. Februar. (W.B.) Der Kongreß der rumänischen sozialistischen Partei, der die Frage des Beitritts zur Dritten Internationale zum Gegenstand hatte, endete nach dreitägigen heftigen Debatten wie in Deutschland, Italien und Frankreich mit einer Spaltung der sozialistischen Partei. Die Zahl der zu den Kommunisten übergegangenenen Parteimitglieder ist im übrigen nicht groß. Die sozialistische Kampfpartei beschloß, die Frage des Beitritts zur Dritten Internationale durch Abstimmung des gesamten rumänischen Proletariats entscheiden zu lassen. Die Abstimmung über den Anschluß an Moskau ist demzufolge auf den 8. Mai festgesetzt worden. Die Sozialisten glauben schon jetzt auf eine überwältigende Mehrheit für die Ablehnung der 21 Bedingungen Lenins rechnen zu können.

Die Internationale des Schwindels.

Der Versuch der südslawischen Kommunisten, mit einem Generalstreik aus heiler Haut loszuputschen, führte Ende vergangenen Jahres zur Verhängung scharfer Ausnahmestimmungen gegen die kommunistische Bewegung in Südbawien. Nicht nur durch eine Interpellation des slowenischen Genossen Ebin Kristan in der Konstituante hat sich die südslawische Sozialdemokratie gegen diese bismarckischen Methoden gesetzt und für die Wiederherstellung der politischen und bürgerlichen Freiheiten eingesezt, aber aus ihrem Urteil über die Taktik der Kommunisten, die halb noch Epithelium, halb nach Karrentum schmeckt, hat sie kein Hehl gemacht. Nun schreibt „Sozialista“, das Ugramer Blatt der sogenannten Rechtskommunisten, die sich wohl bald wieder mit den Sozialdemokraten vereinigen werden, unter der Ueberschrift „Täuschung des Auslandes“:

In der Berliner „Roten Fahne“ lesen wir einen vom 6. Januar aus Belgrad datierten Bericht, der von den dortigen Kommunisten über das Wiener Korrespondenzbureau „Kofa“ in die weite Welt geschickt worden ist. Dieser Bericht ist betitelt „Reaktion in Südbawien“. Dort wird zunächst erzählt, wie der Generalstreik deshalb ausgebrochen ist, weil die Regierung alle kommunistischen Blätter verboten und die ganze Tätigkeit der Partei eingestellt habe. Neben anderen Wunderdingen wird dann erzählt, daß die Führer der Streiks in den einzelnen Orten einsezt umgebracht worden seien. Daß es in Ugram zu blutigen Kämpfen gekommen, daß das Ständrecht verflücht und daß der ganze Verlehr infolge der mächtigen revolutionären Bewegung wie in Belgrad so in Ugram und Laibach eingestellt worden sei. In einer Stadt Südbawiens hätten die Revolutionäre sogar die Munitionsmagazine in die Luft gesprengt, und die ausgerufenen Räte seien mit Blut und Terror unterdrückt worden. Aber daß die Revolution nicht Erfolg gehabt habe, davon seien die Sozialdemokraten mit Skripan und die „unabhängigen Sozialisten“ Sapischewitsch und Lopalowitsch schuld.

Da alle diese behaupteten revolutionären Heldentaten der Kommunisten von A bis Z freie Erfindung sind und die südslawischen Arbeiter natürlich wissen, daß ihre Führer Moskauer Obermann die Ratsenklänge der Regierung hingenommen haben, ohne auch nur den kleinsten Finger zu rühren, kann „Sozialista“ fortfahren: „Wir würden unseren Lesern am liebsten den ganzen Artikel vorlesen, damit sie von Herzen lachen können, aber wegen des sehr beschränkten Raumes haben wir uns auf diesen kurzen Auszug beschränkt. Darum so ins Ausland geschrieben wird, ist klar: Damit sich unsere Kommunisten vor den Moskauer Herren wegen ihrer Freigebigkeit rechtfertigen und sie weiter über das zur Revolution reife Südbawien täuschen können, die einzig von den Sozialisten ver-

hindert werde. . . Das Ergebnis des Ganzen ist: Geld, Geld, ihr Herren, damit diese Sozialisten niedergeschlagen werden.“
So in Südbawien, so — anderwärts!

Ist das der richtige Weg?

Unter diesem Titel bringt die skandinavische sozialistische „Bols-gazeti“ vom 7. d. M. folgenden Artikel:

„Es ist nicht zu leugnen, daß die deutsche Heere der wirtschaftlichen Kraft Frankreichs und Belgiens tiefe und schwer zu heilende Wunden zugefügt haben. Die verwüsteten Landstrichen sind sowohl in Frankreich als in Belgien noch lange nicht wiederhergestellt und keines der Länder ist imstande, seine Auslandsschulden zu bezahlen. Die wirtschaftliche Wiederherstellung ist noch so weit rückständig, daß die Einfuhr noch immer die Ausfuhr übertrifft. Dennoch bleibt die Frage offen, ob die interalliierte Konferenz in Paris wohl fähig ist, diese Kriegswunden zu heilen. Werden Frankreich und Belgien, Deutschlands Nachbarn, nicht auf das Ärgste zu leiden haben unter den unheilvollen Wirkungen der deutschen Verarmung infolge der Beschlüsse der Pariser Konferenz? Die belgischen und französischen Arbeiter werden die ersten Opfer der Konkurrenz der deutschen Kullöhne sein; die belgische und französische Industrie wird unter dem Unterbietungsmitbewerb zusammenbrechen müssen. Die Steuer von 12 Proz. auf die deutsche Ausfuhr wird diese nachteiligen Folgen nicht zum Verschwinden bringen. Denn außerhalb der normalen Ausfuhr wird Deutschland Waren ausführen müssen, um die von der Pariser Konferenz auferlegten Verpflichtungen zu erfüllen; dadurch wird die Konkurrenz mit Belgien und Frankreich verstärkt werden. Jeder Absatz belgischer und französischer Erzeugnisse wird in Deutschland umtätiglich werden. Belgien und Frankreich werden wenig Freude an den Milliarden

Gold erleben, die aus der Not der deutschen Arbeiterklasse herausgepreßt werden sollen; sie werden darin ersticken, ebenso wie heute Amerika und Westeuropa im Ueberfluß von Erzeugnissen zu ersticken scheinen.

Das Proletariat darf sich, so schließt der Artikel, nicht beläuben lassen durch die „Milliarden Gold“, welche

in die Taschen der herrschenden Klassen kommen werden. Das Proletariat muß im Interesse des Friedens und der wirtschaftlichen Wiederherstellung danach streben, die Kriegswunden zu heilen, indem Deutschland vergütet muß, was vergütet werden muß, unter Anspornung an Deutschlands Kapitalvermögen und Zahlfkraft. Wo nichts ist, verliert der Kaiser sein Recht und alle Gewaltmaßregeln sind nicht imstande, aus Nichts — Etwas zu machen.

Das Proletariat darf sich, so schließt der Artikel, nicht beläuben lassen durch die „Milliarden Gold“, welche

in die Taschen der herrschenden Klassen kommen werden. Das Proletariat muß im Interesse des Friedens und der wirtschaftlichen Wiederherstellung danach streben, die Kriegswunden zu heilen, indem Deutschland vergütet muß, was vergütet werden muß, unter Anspornung an Deutschlands Kapitalvermögen und Zahlfkraft. Wo nichts ist, verliert der Kaiser sein Recht und alle Gewaltmaßregeln sind nicht imstande, aus Nichts — Etwas zu machen.

Das Proletariat darf sich, so schließt der Artikel, nicht beläuben lassen durch die „Milliarden Gold“, welche

in die Taschen der herrschenden Klassen kommen werden. Das Proletariat muß im Interesse des Friedens und der wirtschaftlichen Wiederherstellung danach streben, die Kriegswunden zu heilen, indem Deutschland vergütet muß, was vergütet werden muß, unter Anspornung an Deutschlands Kapitalvermögen und Zahlfkraft. Wo nichts ist, verliert der Kaiser sein Recht und alle Gewaltmaßregeln sind nicht imstande, aus Nichts — Etwas zu machen.

Das Proletariat darf sich, so schließt der Artikel, nicht beläuben lassen durch die „Milliarden Gold“, welche

in die Taschen der herrschenden Klassen kommen werden. Das Proletariat muß im Interesse des Friedens und der wirtschaftlichen Wiederherstellung danach streben, die Kriegswunden zu heilen, indem Deutschland vergütet muß, was vergütet werden muß, unter Anspornung an Deutschlands Kapitalvermögen und Zahlfkraft. Wo nichts ist, verliert der Kaiser sein Recht und alle Gewaltmaßregeln sind nicht imstande, aus Nichts — Etwas zu machen.

Das Proletariat darf sich, so schließt der Artikel, nicht beläuben lassen durch die „Milliarden Gold“, welche

in die Taschen der herrschenden Klassen kommen werden. Das Proletariat muß im Interesse des Friedens und der wirtschaftlichen Wiederherstellung danach streben, die Kriegswunden zu heilen, indem Deutschland vergütet muß, was vergütet werden muß, unter Anspornung an Deutschlands Kapitalvermögen und Zahlfkraft. Wo nichts ist, verliert der Kaiser sein Recht und alle Gewaltmaßregeln sind nicht imstande, aus Nichts — Etwas zu machen.

Das Proletariat darf sich, so schließt der Artikel, nicht beläuben lassen durch die „Milliarden Gold“, welche

in die Taschen der herrschenden Klassen kommen werden. Das Proletariat muß im Interesse des Friedens und der wirtschaftlichen Wiederherstellung danach streben, die Kriegswunden zu heilen, indem Deutschland vergütet muß, was vergütet werden muß, unter Anspornung an Deutschlands Kapitalvermögen und Zahlfkraft. Wo nichts ist, verliert der Kaiser sein Recht und alle Gewaltmaßregeln sind nicht imstande, aus Nichts — Etwas zu machen.

Das Proletariat darf sich, so schließt der Artikel, nicht beläuben lassen durch die „Milliarden Gold“, welche

in die Taschen der herrschenden Klassen kommen werden. Das Proletariat muß im Interesse des Friedens und der wirtschaftlichen Wiederherstellung danach streben, die Kriegswunden zu heilen, indem Deutschland vergütet muß, was vergütet werden muß, unter Anspornung an Deutschlands Kapitalvermögen und Zahlfkraft. Wo nichts ist, verliert der Kaiser sein Recht und alle Gewaltmaßregeln sind nicht imstande, aus Nichts — Etwas zu machen.

Das Proletariat darf sich, so schließt der Artikel, nicht beläuben lassen durch die „Milliarden Gold“, welche

in die Taschen der herrschenden Klassen kommen werden. Das Proletariat muß im Interesse des Friedens und der wirtschaftlichen Wiederherstellung danach streben, die Kriegswunden zu heilen, indem Deutschland vergütet muß, was vergütet werden muß, unter Anspornung an Deutschlands Kapitalvermögen und Zahlfkraft. Wo nichts ist, verliert der Kaiser sein Recht und alle Gewaltmaßregeln sind nicht imstande, aus Nichts — Etwas zu machen.

Das Proletariat darf sich, so schließt der Artikel, nicht beläuben lassen durch die „Milliarden Gold“, welche

in die Taschen der herrschenden Klassen kommen werden. Das Proletariat muß im Interesse des Friedens und der wirtschaftlichen Wiederherstellung danach streben, die Kriegswunden zu heilen, indem Deutschland vergütet muß, was vergütet werden muß, unter Anspornung an Deutschlands Kapitalvermögen und Zahlfkraft. Wo nichts ist, verliert der Kaiser sein Recht und alle Gewaltmaßregeln sind nicht imstande, aus Nichts — Etwas zu machen.

Das Proletariat darf sich, so schließt der Artikel, nicht beläuben lassen durch die „Milliarden Gold“, welche

in die Taschen der herrschenden Klassen kommen werden. Das Proletariat muß im Interesse des Friedens und der wirtschaftlichen Wiederherstellung danach streben, die Kriegswunden zu heilen, indem Deutschland vergütet muß, was vergütet werden muß, unter Anspornung an Deutschlands Kapitalvermögen und Zahlfkraft. Wo nichts ist, verliert der Kaiser sein Recht und alle Gewaltmaßregeln sind nicht imstande, aus Nichts — Etwas zu machen.

Das Proletariat darf sich, so schließt der Artikel, nicht beläuben lassen durch die „Milliarden Gold“, welche

in die Taschen der herrschenden Klassen kommen werden. Das Proletariat muß im Interesse des Friedens und der wirtschaftlichen Wiederherstellung danach streben, die Kriegswunden zu heilen, indem Deutschland vergütet muß, was vergütet werden muß, unter Anspornung an Deutschlands Kapitalvermögen und Zahlfkraft. Wo nichts ist, verliert der Kaiser sein Recht und alle Gewaltmaßregeln sind nicht imstande, aus Nichts — Etwas zu machen.

Das Proletariat darf sich, so schließt der Artikel, nicht beläuben lassen durch die „Milliarden Gold“, welche

in die Taschen der herrschenden Klassen kommen werden. Das Proletariat muß im Interesse des Friedens und der wirtschaftlichen Wiederherstellung danach streben, die Kriegswunden zu heilen, indem Deutschland vergütet muß, was vergütet werden muß, unter Anspornung an Deutschlands Kapitalvermögen und Zahlfkraft. Wo nichts ist, verliert der Kaiser sein Recht und alle Gewaltmaßregeln sind nicht imstande, aus Nichts — Etwas zu machen.

Das Proletariat darf sich, so schließt der Artikel, nicht beläuben lassen durch die „Milliarden Gold“, welche

in die Taschen der herrschenden Klassen kommen werden. Das Proletariat muß im Interesse des Friedens und der wirtschaftlichen Wiederherstellung danach streben, die Kriegswunden zu heilen, indem Deutschland vergütet muß, was vergütet werden muß, unter Anspornung an Deutschlands Kapitalvermögen und Zahlfkraft. Wo nichts ist, verliert der Kaiser sein Recht und alle Gewaltmaßregeln sind nicht imstande, aus Nichts — Etwas zu machen.

Das Proletariat darf sich, so schließt der Artikel, nicht beläuben lassen durch die „Milliarden Gold“, welche

in die Taschen der herrschenden Klassen kommen werden. Das Proletariat muß im Interesse des Friedens und der wirtschaftlichen Wiederherstellung danach streben, die Kriegswunden zu heilen, indem Deutschland vergütet muß, was vergütet werden muß, unter Anspornung an Deutschlands Kapitalvermögen und Zahlfkraft. Wo nichts ist, verliert der Kaiser sein Recht und alle Gewaltmaßregeln sind nicht imstande, aus Nichts — Etwas zu machen.

Das Proletariat darf sich, so schließt der Artikel, nicht beläuben lassen durch die „Milliarden Gold“, welche

in die Taschen der herrschenden Klassen kommen werden. Das Proletariat muß im Interesse des Friedens und der wirtschaftlichen Wiederherstellung danach streben, die Kriegswunden zu heilen, indem Deutschland vergütet muß, was vergütet werden muß, unter Anspornung an Deutschlands Kapitalvermögen und Zahlfkraft. Wo nichts ist, verliert der Kaiser sein Recht und alle Gewaltmaßregeln sind nicht imstande, aus Nichts — Etwas zu machen.

Das Proletariat darf sich, so schließt der Artikel, nicht beläuben lassen durch die „Milliarden Gold“, welche

